

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Weinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steindrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Vertikale oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Ministerreden.

Es gab eine Zeit, da zogen großdeutsch angehauchte Duodezfürsten auf die Vogelschießen, Turn- und Sängereisen und hielten Reden, Reden, Reden. Sie, die sonst dem Volke gegenüber die Unnahbarkeit selber waren, gefielen sich jetzt in der Rolle der Wiederhersteller, und „alles für das Volk und durch das Volk und mit dem Volk“ war ihre Parole. Das ist schon lange her, als deutsche Fürsten solche volkstümliche Anwandlungen zur Schau trugen, aber man wird an jene schöne Zeit des seltsamen Wiedermeier und der oblitgaten fürstlichen Vogelschießen erinnern, wenn man den Versuchen unserer modernen Staatsmänner folgt, ihre Politik zu popularisieren — durch Reden.

Die Männer des neuesten Kurses legen großen Wert aufs Reden, das kann man nicht anders sagen. Seit Bülow seine ungehaltene Rede an den General des Reichs-Lägerverbandes vom Stapel gelassen hat und Dernburg während der letzten Reichstagswahl sogar das Reden im Umherziehen betrieb, vergeht kein Tag, der nicht Zeuge einer neuen Ministerrede gewesen wäre. Des Reiches und Preußens Minister reden bei all und jeder Gelegenheit über alles mögliche und noch etwas. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, hier alle diese Reden zu registrieren, das wäre ja ein unmenschliches Beginnen, wohl aber sei zu Nutz und Frommen unserer Kollegen auf einige dieser Reden hingewiesen, die in den letzten drei Wochen produziert worden sind. In erster Linie verdient da die Rede Beachtung, die Herr v. Bethmann-Hollweg auf dem Zweiten deutschen Arbeiterkongress gehalten hat.

Der neue Staatssekretär des Innern begrüßte die Berliner Tagung der christlich-nationalen Arbeiter mit einer Rede, wie sie in dieser Versammlung der „Schutztruppe der Reaktionäre“ — um mit der „Hilfe“ zu reden — nun einmal gewünscht und wie sie von einem in die Regierung verpflanzten preussischen Junker nicht anders gehalten werden konnte. Es war da viel die Rede von der Aufgabe der christlich-nationalen Arbeiter, die vier Grundpfeiler der Ordnung wieder aufzurichten, nämlich Fleiß, Gottesfurcht, Nüchternheit und Zufriedenheit. Unter Festhalten am Vaterland, an der Treue zu Kaiser und Reich und an der von den Vätern überkommenen Religion, für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter entschlossen, aber gemeinsam mit den anderen Gliedern unseres Volkes zusammenzuarbeiten und dieses Programm immer fester auszugestalten und bei ihm auszuharren, unbekümmert um die Werbungen und Verlockungen von links her. Und so fort mit Grazie von „Einordnung in die bestehende Gesellschaft“, „Anpassung der eignen Wünsche dem großen Ganzen“, „Wohl unseres gesamten Vaterlandes“ und dergleichen mehr. Das war die richtige Rede am rechten Platze, eine Gelegenheitsrede, wie sie bei jeder anderen Gelegenheit auch hätte gehalten werden können; gnädig und wohlwollend; von jenem Wohlwollen getragen, das manchmal auch ein pommerischer Junker „feinen“ Arbeitern gegenüber zur Schau trägt. Mehr war auch nicht vonnöten. Hat doch selbst diese Rede bei den Christlich-nationalen — sichtlich Eindruck gemacht. Sind doch nach der Meinung des Stöckerischen „Reich“ nach dieser Rede alle Sorgen um die Zukunft der deutschen Sozialreform „wie eine Dinstwolke zerflogen“, hat doch der neue Sozialminister seit dieser Rede „bei der christlich-nationalen Arbeiterschaft einen Stein im Brett“. Mehr kann man doch nicht verlangen, weshalb sich dann noch in geistige Unkosten stürzen, wenn die Armen im Geiste schon vor einigen nichts sagenden und durch ihre Nuancierung für die Arbeiterschaft im Grunde genommen beleidigenden Phrasen in helles Entzücken geraten? So kalkulierte wohl Herr v. Bethmann-Hollweg, als er vor den Christlich-nationalen sein Sprüchlein hersagte, und daß er nicht schlecht kalkuliert hat, zeigt die Verhimmelung dieser Redeleistung bei den guten Christen.

Einige Tage später berichtete der Telegraph über eine Rede des Reichskanzlers Fürst Bülow an die Abordnung des christlich-nationalen Arbeiterkongresses. Auch der Reichskanzler redete von der „Betätigung christlich-nationaler und monarchischer Gesinnung“, von der Wahrnehmung der „Interessen aller Stände“, von dem „nationalen Boden“, von der „Solidarität (der Arbeiter) mit den anderen Ständen“, von der Vermeidung übertriebener Forderungen und von der Stärkung und Festigung der „Grundlagen unseres staatlichen Lebens“, so wie es sein Kollege vom Reichsamt des Innern vor einigen Tagen dem Zweiten deutschen Arbeiterkongress gegenüber und wie er selbst es vor vier Jahren schon einer Deputation des Ersten deutschen Arbeiterkongresses gegenüber getan hatte. Im übrigen versprach Fürst Bülow, alles zu tun, um die Einbringung des

Reichsvereinsgesetzes und des Arbeitskammerngesetzes zu fördern; die Sonntagsruhe liege ihm besonders am Herzen, und bezüglich der Arbeitszeit in der Großindustrie seien Untersuchungen bereits in die Wege geleitet. Und die Deputierten der christlich-nationalen Arbeiterschaft waren nach dem „Reich“ über diese Rede ebenso entzückt, wie sie es über die Bülow'sche Rede vor vier Jahren gewesen waren, obwohl den damaligen Worten keinerlei Taten gefolgt waren und obwohl sie noch gar nicht wußten, wie die wenigen versprochenen Gesetze, wenn sie überhaupt zur Vorlage kommen, beschaffen sein werden. Mehr hatte wohl selbst der Reichskanzler nicht erwartet, der wieder einen Erfolg seiner Regierungs- und Redekunst verbuchen konnte. So schreitet die Regierung von Erfolg zu Erfolg — im Reden.

Wenige Tage später redete wieder Bethmann-Hollweg, diesmal zu den organisierten Scharfmachern, in einer Sitzung des Zentralverbandes deutscher Industrieller. In dieser Rede war nichts zu spüren von jener unleidlichen Herablassung, die moderne Arbeiter noch abscheulicher berührt als selbst offene Feindseligkeit. Da war keine Rede von den „vier Grundpfeilern“, Fleiß, Gottesfurcht, Nüchternheit und Zufriedenheit, obwohl diese Empfehlung bei den Unternehmern vielleicht angemessener gewesen wäre als bei den Arbeitern, wenn auch das Anhören von Predigten, wie wir ja in den letzten Tagen beobachten konnten, überhaupt keine besondere Wirkung hat. Herr Bethmann sprach vielmehr kurz und bescheiden, verwies auf seine inhaltlose Rede vor den christlichen Arbeitern und versprach, „dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft mit der gleichen Offenheit und Unbefangenheit gegenüberzutreten und die Auffassungen beider Seiten gleichmäßig zu würdigen, um in möglichst enger Fühlung mit dem wirklichen Leben das richtige Augenmaß für das Mögliche sowohl wie für das Notwendige zu gewinnen und zu behalten“. Man kennt diese Phrasen von der Fühlung mit dem „wirklichen Leben“ und dem „Augenmaß für das Mögliche“ aus dem Sprachschatz unserer Scharfmacher, die ja allein den Anspruch erheben, das richtige Augenmaß zu besitzen. Natürlich waren auch die Scharfmacher mit dieser Rede zufrieden, wie sie es vermutlich auch mit der Begrüßungsrede des Staatssekretärs auf dem Zweiten deutschen Arbeiterkongress waren. Und sie gingen hin und formulierten jene Forderungen zur Verbesserung der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes wie zur Beseitigung des Koalitionsrechtes, die wir bereits vor 14 Tagen mitgeteilt haben.

Und es ward Abend, und da hielt wieder ein Minister eine Rede, diesmal der preussische Handelsminister, Herr Delbrück. Er sprach ebenfalls zu den Delegierten des Zentralverbandes deutscher Industrieller, und zwar in Erwiderung einer prophig-benalen Scharfmacherrede des Herrn Kirdorf, die auf die Melodie gestimmt gewesen war: „Wir wollen Herren in unserem Hause sein“. Diese Rede war selbst dem Herrn Delbrück zu offenherzig. „Dieses Wort von den Herren im eigenen Hause — sagte der Minister — hat Ihnen mehr geschadet in der öffentlichen Meinung, als manche bittere Tat.“ Und der Minister fuhr fort: „Wir wollen auch keine Herren sein, sondern wir wollen als erste Arbeiter unserer Betriebe Kameraden unserer Arbeiter sein... wenn uns das gelingt, sind wir über die größte Schwierigkeit hinweg...“ Sie sollten sich deshalb doch etwas milder — ausdrücken. Das andere werde sich dann schon finden. Die Unternehmer verlangten ja mehr, als die Staatsregierung zustehen könne. Aber der Zentralverband wolle ja auch Sozialpolitik. Streit sei nur über das Maß. Aber auch darüber seien sich Regierung und Scharfmacher einig, als es scheint. Also nur mehr Zurückhaltung in der scharfmacherischen Ausdrucksweise, und es werde sich schon alles finden. In der Erhaltung der Stärke unserer Industrie und deren Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland sei man ja einig und — über Einzelheiten werde man sich schon einigen. „... Wenn wir erst mal zu Hause sind, wird sich schon alles finden.“

Mittlerweile sind schon wieder einige Ministerreden vom Stapel gegangen, die vorstehende Revue dürfte jedoch genügen, um die gegenwärtige Regierungskunst zu charakterisieren. Diese Minister mögen sich noch so volkstümlich geben und sie mögen noch so viele Phrasen dreschen, aus all ihren wohlwollenden, begütigenden, beschönigenden Links- und Rechts- und Arbeiter- und Scharfmacherreden wird man immer ihr reaktionär junkerlich-scharfmacherisches Programm erkennen. Diese Minister reden immer nur, um ihre sozialpolitische Rückständigkeit oder Untätigkeit zu verdecken, alle ihre Reden werden von uns Arbeitern nur als eine ernste Mahnung zu politischer Arbeit gegen die Reaktion empfunden werden.

Die hohe Erkrankungs Häufigkeit der Lehrlinge und jungen Gehilfen.

Allgemein wird angenommen, daß gerade die jugendlichen Arbeiter, Lehrlinge und jungen Gehilfen unter 20 Jahren seltener an Krankheiten leiden als ihre älteren Berufskollegen. Dies ist ein Irrtum, wie uns die Statistik hier und da, wenn auch nur schlichtern und ungenau angedeutet hat. Und doch ist es hochwichtig, sich mehr mit dieser Frage zu beschäftigen, wie es leider bisher geschehen ist. Viel mit dieser Frage beschäftigte sich der Arzt Dr. Fr. Prinzling aus Ulm, dessen Werk „Die Erkrankungs Häufigkeit nach Alter und Beruf“ (1902) bisher wenig beachtet wurde. Neuerdings veröffentlicht dieser erfahrene Arzt wieder einen lesenswerten Aufsatz „Die hohe Morbidität der Lehrlinge und jungen Gehilfen in vielen Berufen“ in der Zeitschrift „Soziale Medizin“. Prinzling vertritt den Standpunkt, daß die Erkrankungs Häufigkeit der jungen Arbeiter höher ist als die der späteren Lebensalter! Als Ursache führt er „die geringere Energie des jungen Arbeiters, der auch bei leichten Erkrankungen eher zu Hause bleibt“, sowie „die kleinere Widerstandskraft“ derselben an. Sehr richtig beklagt er es, daß die deutschen Krankenkassen die Statistik vernachlässigen, eine Trennung der Gesamtzahl der Mitglieder und Erkrankten nach Altersklassen fast nirgends vorgenommen würde. So sei für Deutschland nur die Arbeit von Professor Dr. Reichler „Frankfurter Krankentafeln, Krankentafelstatistik der Allgemeinen Ortskrankenkasse Frankfurt a. M.“ und für Österreich nur das Werk von S. Rosenfeld „Die Gesundheitsverhältnisse der Wiener Arbeiterschaft“ von Bedeutung für diese Frage. Nun datiert aber das Werk Reichlers aus dem Jahre 1900, behandelt aber die Ziffern der Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. aus dem Jahre 1896/97, das von Rosenfeld die Ziffern der Jahre 1891 bis 1902. Die meisten Zahlen sind also über 10 Jahre alt, vielleicht schon „veraltet“, doch hat man leider keine neueren Zahlen, und das ist für Kulturstaaen „ersten Ranges“ gewiß auch beschämend.

Prinzling gibt uns folgende statistische Auszüge aus diesen Werken. Auf 100 Mitglieder kamen Krankheitsfälle im Jahre:

Alter	1906		1891-95
	Frankfurt a. M.	Österreich	
	erwerbsfähig	erwerbsunfähig	erwerbsunfähig
unter 15 Jahren	56,5	48,6	48,0
16 bis 20	66,6	35,1	42,8
21 = 30	66,6	35,1	43,6
31 = 40	59,6	43,9	47,4
41 = 50	59,7	52,6	52,6
51 = 60	66,8	68,6	58,8
über 60	65,0	56,0	68,2

Die österreichische Statistik hat leider nur die Ziffern über die erwerbsunfähig Erkrankten. Deutlicher wird das Bild durch die Ziffern der Wiener Genossenschaftskassen, die aber nur bis zum 40. Lebensjahre unterscheiden. Auf 100 Mitglieder kamen Erkrankungs:

Alter	Genossenschaftskassen 1892 bis 1902	
	erwerbsfähig	erwerbsunfähig
unter 15 Jahren	66,5	46,2
16 bis 20	27,2	38,8
21 = 25	26,5	33,1
26 = 30	24,7	29,5
31 = 35	23,2	30,1
36 = 40	23,8	32,9

Prinzling bemerkt hierzu: „Noch viel mehr als bei den oben angeführten Kassen tritt hier die hohe Zahl der erwerbsunfähig Erkrankten im Alter von unter 20 Jahren hervor!“

Aber trotz der höheren Erkrankungs ziffer sei die Dauer der Erkrankung bei den jungen Arbeitern kürzer als bei den älteren, wie die genauen Ermittlungen der Frankfurter Krankentafeln ergäben. Aus der Berufsstatistik ist hervorzuheben, daß die Zahl der Erkrankten sich wie folgt stellt:

	Zahl der Mitglieder über 20 Jahren	erwerbsfähige Erkrankte		erwerbsunfähige Erkrankte	
		14 bis 20 Jahren	21 bis 30 Jahren	14 bis 20 Jahren	21 bis 30 Jahren
Schreiner	214	31,1	39,6	36,7	33,0
Schlosser	890	42,7	49,0	41,8	35,9
Alle Berufe	7428	42,1	40,7	30,0	28,7

Es ist leider nicht möglich, alle statistischen Zahlen hier vorzuführen. Prinzling erklärt: „Bei den erwerbsfähig Erkrankten haben die 14 bis 20 Jahre alten keine höheren Ziffern, dagegen fast stets bei den erwerbsunfähig Er-

franken. Am schlechtesten stellen sich die jungen Schmiede, Schneider, Schlosser und Buchdrucker, doch haben auch die jugendlichen Schreiner, Maler und Bierbrauer höhere Ziffern."

Nun sind bekanntlich in Deutschland Tausende von Lehrlingen gar nicht gegen Krankheit versichert, weil sie weder „Lohn“ noch freien Unterhalt erhalten. Wäre dies nicht der Fall, so würden die Zahlen noch ungünstiger lauten. Die österreichische Statistik ist deshalb klarer, weil ja dort besondere „Lehrlingsklassen“ vorhanden sind. Auch über die Militärtauglichkeit verbreitet sich der Verfasser und entnehmen wir seiner auch interessanten Zusammenstellung, daß von 100 Stellungspflichtigen für tauglich befunden wurden weniger als 50 bei Schneidern,

- 50 bis 55 bei Textilarbeitern,
- 55 bis 60 bei Schuhmachern, Buchbindern,
- 60 bis 65 bei Buchdruckern,
- 65 bis 70 bei Schreibern, Maurern usw.,
- 70 bis 75 bei Zimmerleuten, Schlossern usw.

Als Ursachen der hohen Erkrankungszyiffer führt Prinzing weiter an:

- 1. Unerfahrenheit und Ungeschicklichkeit,
- 2. ungenügende körperliche Entwicklung und Mangel an Widerstandskraft.

Auf die Unerfahrenheit und Ungeschicklichkeit führt der Verfasser die zahlreichen Verletzungen junger Arbeiter bei vielen Berufen zurück! Sehr richtig! Man sollte deshalb auch keine Lehrlinge und jugendliche Arbeiter, wie dies leider in unseren Berufen so oft geschieht, an gefährlichen Maschinen, wie Kreissägen, Hobelmaschinen usw., beschäftigen. Wo ist das Verbot?

Ebenfalls stimmen wir mit dem Verfasser ganz überein, wenn er meint: „Viele Lehrlinge und junge Gehilfen sind noch nicht genügend entwickelt, um den Anforderungen, die an sie gestellt werden, vollaufgenügen zu können, so daß sie in den ersten Jahren ihrer Berufstätigkeit an Übermüdung leiden; besonders wird dies durch lange Arbeitszeit, unvollkommene Nachtruhe, dauerndes Stehen usw. befördert.“

„Werden die Lehrlinge und jungen Gehilfen gleich zu schwerer Arbeit herangezogen, so zeigen sich die gewöhnlichen Folgen der Überanstrengung (Muskelschmerzen, Herzklopfen).“

Und wie werden in dieser Beziehung oft die Lehrlinge und jungen Gehilfen in unseren Berufen ausgebeutet. Lehrlinge werden heute ja fast nicht mehr eingestellt, um ausgebildet, sondern um ausgebeutet zu werden. Die schwersten Arbeiten werden ihm da zugemutet, der erwachsene Handlanger wird erspart! Die Folgen dieser Ausnutzung zeigen sich denn gar bald an dem jungen Körper. Weiter heißt es: „Sehr gering ist die Widerstandskraft vieler junger Arbeiter, so daß sie sehr zu Ermüdungen (Katarthen, Angina) disponiert sind; Frostbeulen werden bei jungen Leuten viel mehr beobachtet als bei älteren.“

Arme Lehrlinge und schlecht gelohnte Gehilfen können sich auch viel schlechter kleiden als ihre älteren Kollegen. Der Mangel an Mitteln, die notdürftigste Kleidung sich zu beschaffen, wirkt auch hier wie ein Fluch.

So sehr wir in dem seither Angeführten mit dem Verfasser übereinstimmen, so sehr müssen wir gegen folgende Sätze protestieren.

„Nur bei strengen und gewissenhaften Lehrmeistern können die Jungen ihren Beruf ordentlich erlernen; man sieht daher, daß gerade diese Meister von den Eltern für ihre Kinder gesucht sind. Selbst auf die Gefahr hin, daß der Meister, bei dem viel gelernt wird, so sehr gewissenhaft ist und die Kinder ausnützt, erhält er doch reichen Nachschub an Lehrlingen.“ Leider! Wer „die Kinder ausnützt“, ist doch wahrlich kein gewissenhafter, sondern ein gewissenloser Lehrmeister. Wie inkonsequent ist der Arzt aus Ulm, wenn er erst über die hohe Morbidität der jungen Leute klagt, die geringe Widerstandskraft derselben richtig erwähnt und dann für „strenge“ und so „gewissenhafte“ Lehrmeister schwärmt, die die armen Kinder „ausnützen“, damit diese „recht viel lernen“!

Die Tarifverträge.

XI.

Staatsgewalt und Tarifverträge.

b. Nirgends besser als bei Prüfung des Staatscharakters an seiner Stellung zu den sozialen Aufgaben läßt sich das Wesen des Staates als eines Ausschusses der bestehenden Klassen feststellen. Die Theoretiker des allgemeinen Staatsrechtes, die Rechtsphilosophen und heuchlerische Politiker des Bürgertums, nicht zuletzt die leitenden Staatsmänner haben den Glauben zu erwecken gesucht, daß der Staat ein selbständiges, von den Kämpfen der Parteien, vom Zwiespalt der sozialen Klassen unabhängiges Gebilde sei, das unparteiisch seine Wohltaten verteilt. Wie die Könige sich von Gottes Gnaden, das heißt als von menschlichen Einflüssen freie Personen verehrt wissen wollen, so soll auch die Staatsgewalt etwas Unabhängiges, hoch über den Interessentkämpfen Thronendes sein. Wer aber tiefer forscht, schärfer sieht und mit kritischem Ohre hört, der weiß wohl, daß der Staat niemals das war, was ihm von interessierter Seite angedichtet wird, daß er nichts anderes ist und nichts anderes zu sein vermag als der ausführende Ausschuss der herrschenden Klassen, als der politische Ausdruck ihrer wirtschaftlichen Interessen, als ein Mittel der Abwehr gegen die Forderungen der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen, als ein Werkzeug

zur Erhaltung der Macht und zur Bereicherung der herrschenden Klassen. Man sieht dies ebensogut in Republiken wie in Frankreich und den Vereinigten Staaten, wie in den absoluten Monarchien, wie es Rußland trotz seiner Verfassung ist, wie in Italien mit seiner ausgebildeten Parlamentsherrschaft, in wenigen so deutlich, wie gerade im Deutschen Reich.

Die Handhabung der Gesetze geschieht zur Befriedigung der bestehenden Klassen, zum Unwillen der ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung, in demselben Sinne waltet die Verwaltung ihres Amtes, und bei allen neuen sozialen Erscheinungen bestimmt sich die Stellung der Staatsgewalt nach den Bedürfnissen der Vertreter des Kapitals, der beweglichen wie der unbeweglichen, der Interessengruppen der Unternehmer in der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels. Weicht einmal die Staatsgewalt von diesen Bahnen ab, so wird sie bald von den Mächtigen im Lande auf die „rechte“ Bahn gebracht. Man erinnert sich, daß vor wenigen Jahren die bayerischen Fabriken- und Gewerbeinspektoren angewiesen wurden, den Abschluß von Tarifverträgen zu fördern und Anregungen hierzu zu geben. Die Entrüstung der großen Metallindustriellen, ihre schroffe Haltung der Regierung gegenüber hat das Ministerium gezwungen, den Erlaß so zu kommentieren, daß ihn selbst die Scharfmacher als ein nichtsagendes und für die Arbeiter wertloses Stück Papier ansehen konnten.

An sich sind die Tarifverträge etwas durchaus Harmloses, die Autokratie des Staates, die Machtstellung der bestehenden Klassen in keiner Weise in Frage stellendes, sie haben unzweifelhaft für die Unternehmer Vorteile, vielleicht größere als für die Arbeiter, sie können nur abgeschlossen werden, wenn die Unternehmer in ihnen einen genügend großen Vorteil finden, sie können somit dem Klasseninteresse der Kapitalisten nicht widersprechen. Hieraus erklärt sich auch, warum das bayerische Ministerium diese billige sozialpolitische Betätigung ihren Fabrikeninspektoren empfahl. Wenn trotzdem die Regierung den Rückzug antreten mußte, so doch nur deshalb, weil die großen Metallindustriellen eine Minderung ihrer Herrschergewalt in den Tarifen sahen. Ebenso ging es im zweitgrößten deutschen Bundesstaat den großen bürgerlichen Parteien, sie empfahlen in ihren Wahlprogrammen bei den letzten Landtagswahlen Tarifverträge. Wo aber die Arbeiter den Kampf um diese behaupten, waren die bürgerlichen Parteien taub und stumm, sie stellten sich tot, und die kapitalistische Presse hatte ganz die Programmforderungen vergessen und unterstützte in gewohnter Weise die Unternehmer in der Abwehr der Arbeiterforderungen.

Die Regierungen richten ihre Stellung zu den Tarifverträgen lediglich nach den Stimmungen der Unternehmer. Dort, wo die Tarifverträge gefestete, unbestreitbare Grundlage des Arbeitsverhältnisses sind, wie im Buchdrucker-gewerbe, da hat sich die Feindschaft gegen die kollektiven Arbeitsverträge abgeschwächt, viele Regierungen haben sich bereit gefunden, ihre Druckarbeiten nur an Firmen zu vergeben, die tarifarische Arbeitsbedingungen haben und die in das Verzeichnis der tariftreuen Firmen vom Tarifamt der deutschen Buchdrucker, das aus Arbeitern und Unternehmern besteht, aufgenommen sind. Freilich ging dies langsam, Jahre hat es bedurft, bis diese formelle Anerkennung des Buchdrucker-tarifs durchgeführt wurde. Die Regierungen haben auch da, wo ein Widerstand der Unternehmer-interessenten im Gewerbe ausgeschlossen war, ja wo diese die Forderung befürworteten, lange gezögert, weil andere mächtige Unternehmergruppen in den Tarifen etwas Unbequemes, ihnen Unwünschtes sahen. Als die Anerkennung endlich erfolgte, da hatte sie fast gar keine praktische Bedeutung, denn der Buchdrucker-tarif war schon zur vollständigen Herrschaft durchgedrungen, so daß die Regierungen fast gar keine leistungsfähigen, also für ihre großen Aufträge in Betracht kommenden Buchdruckereien vorhanden waren.

Wäre der Staat wirklich eine selbständige, unabhängige Organisation, die ihr eigenes Interesse höher stellt als das einzelner Berufsklassen und gesellschaftlicher Mächte, so müßte dieser Staat an der Entwicklung und dem Ausbau der Tarife das lebhafteste Interesse haben. Die Massen sind es, die den Staat durch ihre direkten Steuerleistungen erhalten; im Deutschen Reich beruht fast die gesamte Ausgabenwirtschaft auf indirekten Steuern, Zöllen und Gebühren, während alle anderen Leistungen daneben nicht ins Gewicht fallen. Wenn nun die großen Massen der städtischen Bevölkerung, also die im Vergleich zur Landarbeiterschaft mit höherem Einkommen rechnende industrielle Arbeiterschaft ununterbrochene Beschäftigung, gesicherte Lohnhöhe hat, so macht sich dies in den Einnahmen des Reichsschatzsekretariats deutlich geltend. Hieraus folgert ganz naturgemäß, daß ein von der Wahrung der Interessen der bestehenden Klassen nicht berührter Staat nur einen Vorteil in der Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse sehen müßte. Ein viel größerer Anteil der Einnahmen des Proletariats wie der des Kapitalisten wird für Nahrungs- und Genußmittel verwendet, wirkt somit einen bekanntlich nicht unbeträchtlichen Anteil in die Kassen des Reiches. Aber nicht bloß eine Steigerung der Löhne liegt im finanziellen Interesse des Reiches und damit natürlich auch im Interesse der Einzelstaaten, deren finanzielle Lage durch die Defizite im Reichshaushalt beeinflusst wird, sondern auch die ununterbrochene Beschäftigung der Arbeitermassen.

Lange Arbeitslosigkeit, Monate währende Streiks großer Arbeitermassen machen sich fühlbar nicht bloß für die von ihnen betroffenen Unternehmer und Arbeiter, sondern auch für weite Kreise der sonstigen Bevölkerung, für Kaufleute aller Art, für Handwerker, Erzeuger der Massenartikel, Hausbesitzer, Zeitungsverleger usw. Alle diese Nachteile

machen sich natürlich auch in den Kassen des Reiches und in denen des Einzelstaats fühlbar, weil der verminderte Konsum, weil der erniedrigte Beschäftigungsgrad eine Verringerung der indirekten Steuern, eine ungünstige Beeinflussung der direkten Steuern zur Folge haben muß.

Je mehr Arbeiter zu Löhnen gelangen, die das steuerfreie Minimum überschreiten, desto größer wird der Anteil der Arbeiter an den Einnahmen der direkten Steuern. Je gesicherter die Einkommen der Arbeiter durch Tarifabmachungen sind, desto größer wird die Anzahl der direkten Steuerträger aus der Arbeiterklasse sein, desto sicherer werden die Finanzminister der Einzelstaaten auf die Einnahmen dieser Steuern auch aus der Arbeiterklasse rechnen können.

Der Staat hat aber noch ein weiteres Interesse an dem Abschluß von Tarifen, weil die Unterbrechung der Produktion für den ganzen Wirtschaftskörper schwere Erschütterung herbeiführt, die auf andere Industrien, auf die Fertigstellung von Arbeiten für den Staat, auf die Erfüllung von Bestellungen des Auslandes und damit auf die Handelsbilanz von großem Einfluß sein kann.

Alle diese Erwägungen müßten den Staat, wenn er ein wirklich eigenes Interesse besäße, auf die Seite der Arbeiter stellen, müßten ihn veranlassen, die Hebung des Einkommens der breiten Volksschichten als seine wichtigste Aufgabe festzustellen, müßten ihn zwingen, die Ausbildung und die Ausnützung des Koalitionsrechtes in jeder Hinsicht zu fördern, weil durch die Besserstellung der breiten Massen der Bevölkerung seine wirtschaftliche Existenz gesichert und gekräftigt würde.

Noch ein anderes Moment rein wirtschaftlicher Art sollte den Staat veranlassen, die Tarife und die sie schaffende oder veranlassende Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen. Je unsicherer die Lage der Arbeiterklasse ist, desto größer wird die Gefahr, daß die Arbeiterschaft der Armenpflege anheimfällt, daß infolge frühen Absterbens der Familienhäupter wegen zu starker Ausbeutung der Arbeiter die Zahl der Witwen und Waisen zunimmt und damit die Unterstützungspflicht der Gemeinden und der Kommunalverbände gesteigert wird.

Der Staat auch als Vertreter des Militarismus müßte den Zielen der Gewerkschaftsbewegung die lebhafteste Förderung zukommen lassen. Unsere Bewegung sucht die Menschen gesünder und widerstandsfähiger zu machen, weil sie durch die Verkürzung der Arbeitszeit die Ausbeutung einengt, die Kräfte der Menschen schon, die Unfallgefahren vermindert und weil sie sich für bessere gesundheitliche Verhältnisse in den Fabriken und damit für die Verminderung der Berufskrankheiten einsetzt.

In dieser Richtung wirkt die Gewerkschaftsbewegung durch ihr Streben nach Erhöhung der Löhne und durch ihre Förderung der Tarife, die eine Gleichmäßigkeit des Einkommens und damit auch der Ernährung und des Wohnwesens, mit einem Worte der gesamten Lebenshaltung bezwecken, günstig auf den Gesundheitszustand der Arbeiterschaft. Die unterernährten, durch schlechte Wohnungsverhältnisse, unhygienische Fabrikzustände, durch zu starke Ausbeutung entkräfteten, in ihrer Widerstandsfähigkeit untergrabenen, zu allen Krankheiten neigenden jungen Leute, deren Eltern schon entkräftet waren, sind ungeeignet, die körperlichen Anstrengungen des Militärdienstes zu ertragen. Je kräftiger, je energischer, je allgemeiner die Gewerkschaftsbewegung die Hebung der Lage der Arbeiterklasse befördert, desto geringer werden die Enttäuschungen im Militärdienstgeschäft sein. Der heutige Staat, der rein äußerlich genommen als Militärstaat besonders stark in Erscheinung tritt, müßte an den Wirkungen der Gewerkschaftsbewegung und der erfolgreichen Tarifabmachungen den lebhaftesten sympathischen Anteil nehmen.

Das aber tatsächlich die Staatsgewalt in allen ihren Auswirkungen sich in Gegensatz zu den Gewerkschaften, zu den Kämpfen um Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, zu dem Abschluß der Tarife stellt, daß alle diese Erwägungen, die wir hier zusammenstellten, von den Vertretern der Staatsgewalt nicht gemacht werden, beweist aufs deutlichste, daß der Staat nicht das selbständige und nur sich selbst seine Gesetze gebende, über den Parteien und Klassen schwebende Gebilde, beherrscht von Unparteilichkeit und beseelt von Objektivität ist. Die Tatsachen lehren, daß der Staat im Gegenteil alle seine eigenen Interessen hinterstellt, wenn diese im tatsächlichen oder, wie dies im Falle der Tarife liegt, im scheinbaren Widerspruch mit den Interessen der bestehenden und ihn beherrschenden Klassen stehen.

Die Gegnerschaft des heutigen Staates, des Ausschusses der kapitalistischen Gesellschaft, richtet sich gegen die gesamte Arbeiterbewegung, gegen die gewerkschaftliche nicht schwächer wie gegen die politische; die Feindschaft des Staates wendet sich auch gegen die einzelnen Lebensäußerungen und Strebungen der Gewerkschaftsbewegung, selbst gegen die, welche von einem Teil des Unternehmertums als ihre Interessen nicht störend, ja sie fördernd angesehen werden. Dieser Widerspruch gegen das Staatsinteresse tritt in Erscheinung, weil der Staat, bewußt oder instinktiv, alles tut, was das Selbstbewußtsein, die Kraft und den inneren Zusammenhalt der Arbeiterklasse stören könnte. Deswegen schafft der Staat für die Abmachungen der Arbeiterschaft ein Ausnahmerecht, indem er ihnen das Recht der Klagbarkeit entzieht, deshalb hat er den Tarifverträgen der Arbeiter den Schutz nicht zugewilligt, den alle anderen Verträge besitzen. So sieht die Arbeiterschaft nicht in dem staatlichen Rückhalt, nicht in der Möglichkeit der Berufung an die Gerichte eine Garantie für die Abmachungen mit den Unternehmern, sondern ganz ausschließlich in der Macht, die sie sich selbst schafft, in der Kräftigung und Ausbreitung der Gewerkschaften, in dem Respekt, den diese den Unternehmern abringen.

Wird die Arbeiterbewegung im allgemeinen, die Gewerkschaftsbewegung im besonderen, wie ihre Gegner sagen, ein Staat im Staate, der sich selbst sein Recht schafft und seine Errungenschaften sich zu sichern versteht, so ist das auf die Tatsache zurückzuführen, daß der Staat nichts anderes ist und auf absehbare Zeiten bleiben wird als eine Organisation der Besitzenden, nicht allein zur Wahrung ihrer berechtigten Interessen, sondern auch zum Rechnungstragen ihrer Wünsche und Stimmungen, zur Befriedigung ihrer Instinkte.

Aus den Berichten der Arbeitersekretariate über das Jahr 1906.

II.

Auch die Arztfrage soll bekanntlich nur für die Krankenversicherung geregelt werden: das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in ihren Krankenkassen soll aufgehoben und die sogenannte freie Arztwahl nach dem Belieben der Ärzte allen Krankenkassen vorgeschrieben werden. Dies fordern die Ärzte, wie sie versichern, auch im Interesse der Arbeiter, damit den Arbeitern „das Menschenrecht, im Falle der Not, des Glucks und der Krankheit sich an den Arzt ihres Vertrauens zu wenden“, gesichert werde. In der Unfallversicherung aber denken die Ärzte gar nicht daran, den Kampf für dieses Menschenrecht der Arbeiter aufzunehmen. Ja, noch mehr. Selbst wenn die Arbeiter sich auf ihre eigenen Kosten in Unfallkassen an die Ärzte ihres Vertrauens wenden wollen, werden sie abgewiesen.

Die Berufsgenossenschaften, schreibt das Leipziger Arbeitersekretariat in seinem Bericht, stützen sich bei Rentenherabsetzungen auf das Gutachten ihrer Vertrauensärzte, aber damit ist noch lange nicht gesagt, daß diese ärztlichen Gutachten in jedem Falle unanfechtbar seien. Auch die Ärzte können sich irren, oder sie können über den Grad der Ernährungsbehinderung eine recht verschiedenartige Auffassung haben. Natürlich bleibt es den Verletzten — nach den Gesetzen — unbenommen, auf ihre eigenen Kosten jeberzeit ein anderes Gutachten einzuholen, um das Gutachten des berufsgenossenschaftlichen Vertrauensarztes anzusehen. Zuweilen gelingt das, aber in den meisten Fällen gelingt es eben nicht. In der Regel hat der Verletzte gar nicht die Mittel, sich ein Zeugnis auf eigene Kosten zu leisten. Wo aber schließlich diese Mittel mit Mühe und Not aufgebracht werden, da findet sich gewöhnlich kein Arzt, der dem armen Teufel trotz Geld und gute Worte ein Zeugnis ausstellen würde. Wo es sich um eine aussichtslose Sache handelt, da ist es gewiß das richtigste, wenn der Arzt die Ausstellung eines Zeugnisses ablehnt, um dem Verletzten nicht unnützlich die letzten paar Mark abzunehmen. In solchen Fällen sollten die Ärzte aber dann runderaus sagen, wie die Sache steht. Sehr viele Ärzte, besonders auch solche, die den Verletzten behandeln haben, tun das aber nicht, sondern sie weisen ihn mit der Bemerkung ab, das Schiedsgericht werde schon von ihnen ein Gutachten einfordern. Letzteres trifft aber nicht immer zu. Vielmehr wird das Schiedsgericht nur dann ein anderweitiges Gutachten einholen, wenn ihm selbst Zweifel darüber beikommen, daß das Gutachten des Vertrauensarztes in jeder Beziehung unanfechtbar sei.

Ferner der Kieler Bericht: „Und was das schlimmste ist, es findet sich in Kiel fast kein Arzt, der selbst für Geld und gute Worte einem Unfallverletzten ein Gutachten ausstellt.“ — Der Mannheimer Bericht: „Weder für Geld, noch durch eindringliches Bitten lassen sich die anderen Ärzte herbei, ein Gegengutachten (gegen das Gutachten des Vertrauensarztes) auszufertigen. Meistens ist es die Versicherung, daß die Rente tatsächlich zu niedrig angesetzt oder zu Unrecht gekürzt sei, welche den Verletzten mit auf den Weg gegeben wird. Diese Angaben schriftlich zu bestätigen, dazu fehlt in den meisten Fällen außer dem guten Willen auch noch die nötige Courage. Der Unfallkläger steht somit im Verfahren seinem Gegner machtlos gegenüber; seine Angaben werden zu Angaben rein subjektiver Natur gestempelt. Beschließt das Gericht nicht von vornherein die Einholung eines Gegengutachtens, so ist über den Verunglückten der Stab gebrochen.“ — Ähnliche Beschwerden könnten wir noch aus einer ganzen Reihe anderer Berichte anführen.

Dabei wird aber auch stets darauf hingewiesen, daß die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften zu fortwährenden Klagen Anlaß geben. So ist in dem zuletzt angeführten (Mannheimer) Bericht darüber zu lesen: Ewige Klagen sind es, welche über die ärztlichen Gutachten, namentlich über die der Herren Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften vorgebracht werden. Da wird namentlich darüber geklagt, daß die Untersuchung nur eine äußerst oberflächliche gewesen sei; verschiedentlich wurde uns mitgeteilt, daß der Arzt es nicht für notwendig hielt, den zu untersuchenden verunglückten Arbeiter zum Ablegen der Kleidungsstücke zu veranlassen. — Aus Kiel berichtet das Arbeitersekretariat darüber: Auch die Beschwerden über die Herren Unfallgutachter wollen nicht verkümmern. Wir können die Klagen und deren Berechtigung leider nicht immer so prüfen; manchmal vermögen wir gar nicht zu glauben, daß gebildete Leute, und als solche wollen doch die Ärzte angesehen werden, sich in solcher Weise benehmen sollten. Leider fehlt es aber auch nicht an Fällen, in denen die durchaus ungehörige Behandlung verunglückter Arbeiter durch die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften klipp und klar nachgewiesen worden ist. Für die Unzuverlässigkeit eines Teiles der Vertrauensärzte aber bringen die Berichte eine fast unübersehbare Menge von Belegen. Der Leipziger Bericht allein führt 11 solcher Fälle an. So auch folgendes Beispiel.

Einem verunglückten Arbeiter wurde seine bisherige Rente entzogen, mit der Begründung: „Maßgebend für die Einstellung der Rente ist, daß Sie zurzeit nach dem ärztlichen Gutachten des Herrn Sanitätsrats A. in Leipzig wieder als vollständig erwerbsfähig anzusehen sind.“ Das Schiedsgericht aber entschied: „Der gerichtliche Sachverständige hat im Gegensatz zu Dr. A. und in Übereinstimmung mit Dr. B. festgestellt, daß der Umfang der rechten Wade des Klägers noch um 3 Zentimeter schwächer ist als der der linken. Es besteht also noch dieselbe Krankheitserscheinung, welche für die letzte Entscheidung des Schiedsgerichtes maßgebend gewesen ist. Der Berufung mußte daher stattgegeben und die bisherige Rententrate von 20 Prozent wieder hergestellt werden.“

Unter diesen Umständen ist es ganz besonders schlimm für die Arbeiter, daß selbst die Schiedsgerichte und das Reichsversicherungsamt den Gutachten der Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften eine nach unserer Überzeugung viel zu große Bedeutung beilegen. Einen bezeichnenden Fall teilt das Hanauer Arbeitersekretariat mit: Ein dortiger Silberarbeiter bezog eine Unfallrente von 33 1/2 Prozent. Dem Arbeiter wurde die Rente durch die Berufsgenossenschaft auf 10 Prozent herabgesetzt, weil sich sein Zustand nach dem Gutachten des Vertrauensarztes dementsprechend verbessert habe. Der Arbeiter bestritt letzteres und versuchte nachzuweisen, daß er durch die Folgen des Unfalls auch jetzt noch um mindestens 33 1/2 Prozent in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt sei. Zum Beweis dafür, daß die von ihm angeführten Tatsachen der Wahrheit entsprechen, hat der Arbeiter, seinen Arbeitgeber, den Werkführer und zwei Mitarbeiter als Zeugen zu vernehmen. Außerdem legte er ein Gutachten seines Kassenarztes vor, der nach eingehender Würdigung des Zustandes des Verunglückten zu dem Schlusse kam, daß die Einbuße an Erwerbsfähigkeit auch jetzt noch 33 1/2 Prozent betrage. Das Schiedsgericht aber hat es gar nicht für nötig gehalten, das Zeugnis des Arbeitgebers, Werkführers und der Mitarbeiter einzuholen, sondern schloß sich einfach dem Gutachten des Vertrauensarztes an. Dem Refus an das Reichsversicherungsamt folgte nun der Verunglückte eine Bescheinigung seiner Mitarbeiter bei, daß er bei der Arbeit Krämpfe in der verletzten rechten Hand bekommen. Bezüglich dieser Bescheinigung heißt es in der Begründung des vom Reichsversicherungsamt ergangenen Urteils: „Der Kläger hat aber diese Behauptung auch dem Kreisarzt Medizinalrat Dr. Sichenberg (dem Vertrauensarzt) gegenüber aufgestellt, ohne daß dieser den diesbezüglichen subjektiven Beschwerden Beachtung geschenkt hätte.“ „Sonach“ wurde der Arbeiter mit seiner Klage abgewiesen. Also die tatsächlich vorhandenen Krämpfe gelten nicht, wenn ihnen der Vertrauensarzt „keine Beachtung schenkt“. Das ist ein geradezu unerhörter Zustand.

Die Berufsgenossenschaften freilich sind mit ihren Vertrauensärzten sehr zufrieden. Sie denken gar nicht daran, den Herren, denen arge Irrtümer zum Schaden der verunglückten Arbeiter nachgewiesen worden sind, ihr — Vertrauen zu entziehen. Nein, sie erschweren es zum Teil den Verunglückten noch weiter, ihren Anspruch auf eine angemessene Unfallrente geltend zu machen. Nach den Vorschriften der Unfallversicherungsgesetze und nach den Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes sind die Berufsgenossenschaften verpflichtet, dem Verletzten in der Regel den wesentlichen Inhalt derjenigen ärztlichen Gutachten mitzuteilen, die für die Bemessung oder Ablehnung von Unfallrenten maßgebend sind. Nur wenige Berufsgenossenschaften aber, ist in dem Bericht des Arbeitersekretariats in Brandenburg zu lesen, richten sich danach. Die meisten Berufsgenossenschaften begnügen sich mit einem kurzen und völlig nichtssagenden Bescheid. Es liegt auf der Hand, daß es für einen Verletzten wichtig ist, den Inhalt der Gutachten zu kennen, um etwaigen Unrichtigkeiten und Schönfärbereien oder gar Verdächtigungen und dergleichen gehörig entgegenzutreten und die Rechtsmittel entsprechend begründen zu können. Die Fuhrwerksberufsgenossenschaft in Dresden und die Nordöstliche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft, Sektion 2 in Landsberg a. W., haben es überhaupt abgelehnt, die Gutachten abschriftlich mitzuteilen. Sie mußten erst durch Beschwerden gezwungen werden, die Abschriften zu erteilen. Hier müssen wir den folgenden Fall erwähnen, den wir dem Bericht des Arbeitersekretariats in Weissen entnehmen. Einem Arbeiter sollte seine Rente entzogen werden, weil — wie die Baugewerksberufsgenossenschaft angab — nach dem Gutachten des Dr. B. erwerbsbehindernde Folgen des Unfalls nicht mehr vorhanden seien. Der Arbeiter legte Berufung ein und führte an: Dr. B. habe ihm gegenüber erklärt, der Schaden, den er erlitten, sei ein dauernder. Dr. B. könne deshalb in seinem Gutachten unmöglich von einer völligen Beseitigung der Erwerbsbehinderung gesprochen haben. Darauf ließ es die Berufsgenossenschaft nicht erst zur Verhandlung vor dem Schiedsgericht kommen, sondern bezahlte die bisherige Rente weiter. Sie wird dazu guten Grund gehabt haben.

So sieht in Wahrheit die Praxis der Berufsgenossenschaften aus.

Soziales.

Eine Novelle zur Gewerbeordnung

wird dem Reichstag voraussichtlich sofort bei seinem Zusammentreten zugehen. Sie enthält keinerlei grundsätzliche Änderungen der Gewerbeordnung, sondern lediglich einige wenig tiefgehende Reformen, die schon seit längerem von Vertretern des Bundesrats im Reichstag angekündigt worden sind.

Artikel 1 des Gesetzentwurfes enthält eine andere Fassung der Vorschriften über die Errichtung von Lohnbüchern. In den vom Bundesrat für bestimmte Gewerbe vorgeschriebenen Lohnbüchern sind außer den Einträgen über Art und Umfang der übertragenen Arbeit, Lohnsätzen, Bedingungen für Lieferungen usw. auch einzuschreiben: der Zeitpunkt der Ablieferung der Arbeit, Art und Umfang der abgelieferten Arbeit, der zur Auszahlung gelangende Lohnbetrag unter Angabe etwa vorgenommener Abzüge und der Tag der Bezahlung. Außerdem kann der Bundesrat verordnen, daß in die Lohnbücher oder Arbeitszettel auch die Bedingungen über die Gewährung von Kost und Wohnung einzutragen sind, sofern Kost und Wohnung als Lohn oder Teil des Lohnes gewährt werden sollen. Zulässig sind auch Eintragungen, welche sich auf den Namen, die Firma und den Niederlassungsort des Arbeitgebers, den Namen und Wohnort des Arbeiters, die übertragenen Arbeiten und die dafür vereinbarten oder gezahlten Löhne beziehen.

§ 120a bis e der Gewerbeordnung enthält Vorschriften über Betriebseinrichtungen, Arbeitsräume usw. § 120e gibt dem Bundesrat die Befugnis, Vorschriften über Durchführung dieser Grundsätze zu erlassen. Diese Befugnis des Bundesrats wird dahin erweitert, daß der Bundesrat auch Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter erlassen kann. Im § 120e Absatz 3 der Gewerbeordnung wird dem Bundesrat das Recht vorbehalten, für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen zu bestimmen. Diese Befugnis des Bundesrats soll auch auf die Landeszentralbehörden und Ortspolizeibehörden ausgedehnt werden.

§ 133c der Gewerbeordnung enthält die Bedingungen, unter welchen insbesondere das Dienstverhältnis für Betriebsbeamte, Werkmeister und ähnliche Angestellte mit höheren technischen Dienstleistungen gelöst werden kann.

Nach § 133d wird ein § da eingeschaltet, welcher die Zahlung des nach Angestellten zukommenden Gehalts regelt. Die Konkurrenzklausele erfährt Einschränkungen.

Unter Abschnitt IIIb des Titels VII der Gewerbeordnung wird ein neuer Abschnitt IIIc mit der Überschrift: „Verhältnisse der Fabrikarbeiter“ als § 133i eingeschaltet. Dadurch fällt die Unterscheidung zwischen Gesellen und Fabrikarbeitern sowie Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern; auf alle Arbeiter, welche in Fabriken arbeiten, finden die §§ 121 bis 125, oder wenn die Fabrikarbeiter als Lehrlinge anzusehen sind, die §§ 126 bis 128 Anwendung. Die unterscheidenden Merkmale zwischen Gesellen und Fabrikarbeitern und Lehrling und jugendlichem Arbeiter hören damit auf, für die Anwendung der Schutzvorschriften soll in Zukunft, wie wir schon feststellten, die Zahl der in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter maßgebend sein, es wird unterschieden zwischen Betrieben mit zehn und solchen mit zwanzig Arbeitern. Damit wird auch der Unterschied zwischen Fabrikbetrieben und Werkstätten mit Motorbetrieben aufgehoben.

Den jugendlichen Arbeitern muß nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden gewährt werden.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre darf vom 1. Januar 1910 an täglich 10 Stunden nicht überschreiten; nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit ist den Arbeiterinnen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden zu gewähren. Wegen außergewöhnlicher Häufung der Arbeit kann auf Antrag des Arbeitgebers die untere Verwaltungsbehörde auf die Dauer von zwei Wochen die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre bis 10 Uhr abends an den Wochentagen außer Sonnabend unter der Voraussetzung gestatten, daß die tägliche Arbeitszeit 13 Stunden nicht überschreitet und die zu gewährenden ununterbrochene Ruhezeit nicht weniger als 10 Stunden beträgt. Vom 1. Januar 1910 an darf in diesem Falle die tägliche Arbeitszeit 12 Stunden nicht überschreiten. Innerhalb eines Kalenderjahres darf die Erlaubnis einem Arbeitgeber für seinen Betrieb oder eine Abteilung seines Betriebes auf mehr als 60 Tage nicht erteilt werden. Für eine 2 Wochen überschreitende Dauer kann die gleiche Erlaubnis nur von der höheren Verwaltungsbehörde gewährt werden.

§ 139 erhält folgenden Zusatz: Wenn besondere Verhältnisse es erwünscht erscheinen lassen, daß die Arbeitszeit der Arbeiterinnen in einer anderen als der in § 137 Absatz 2 vorgesehenen Weise geregelt wird, so kann vom 1. Januar 1910 an auf besonderen Antrag eine anderweitige Regelung durch den Reichsfanzler gestattet werden. Jedoch darf die Dauer der Beschäftigung 11 Stunden täglich und 60 Stunden in der Woche nicht überschreiten.

§ 139a, der den Bundesrat ermächtigt, für die Verwendung von jugendlichen Arbeitern und erwachsenen Arbeiterinnen in bestimmten Fabrikationszweigen Anordnungen teils einschränkender Art, teils Ausnahmen betreffend die tägliche Arbeitszeit zu erlassen, erhält eine andere Formulierung, aus der wir hervorheben, daß für jugendliche Arbeiterinnen Ausnahmen nicht mehr zulässig und die Arbeitszeit für erwachsene Arbeiterinnen auch in diesem Falle vom 1. Januar 1910 ab wöchentlich 60 Stunden nicht überschreiten darf. Die Lohnzahlungsbücher für minderjährige Fabrikarbeiter werden aufgehoben.

Die Reichsbankdiskont ist nunmehr auf 7 1/2 Prozent erhöht worden, nachdem die Londoner Bankleitung ihr Klate auf Prozent festgesetzt hatte. Die Deutsche Reichsbank brauchte noch niemals einen Diskont von 7 1/2 Prozent zu normieren.

Um auf ähnliche abnorme Verhältnisse zu stoßen, muß man bis auf den Beginn des deutsch-französischen Krieges zurückgehen, währenddessen die Reichsbank selber noch nicht bestand. Sogar die Rate von 6 Prozent war bis 1898 etwas ganz Außerordentliches; nur 1876 und 1882 hatte man vorübergehend mit ihr rechnen müssen. Erst auf dem Gipfel der Hochkonjunktur von 1898 bis 1900 gewöhnte man sich an die hohen Diskontsätze, die alsdann auch die diesmalige Prosperität seit 1905 begleiteten, während in den stilleren Zwischenjahren 1901 bis 1904 4 Prozent (1902 und 1903) und 5 Prozent (1901 und 1904) nicht überschritten wurden. In der jetzigen letzten Oktoberwoche hatte man mit der Rate von 6 1/2 Prozent die Zurückdämmung des gefährlichen fremdländischen Goldbegehres — meist handelte es sich um Goldabströmungen nach England, jedoch im Hinblick auf Amerika — nicht zu erreichen vermocht. Der Goldabfluß ins Ausland wuchs zusehends, so daß der Wochenanweis vom 31. Oktober gegen die Vorwoche eine Abnahme des Metallbestandes um 58,12 Millionen Mark kundgab, bei einer gleichzeitigen Vermehrung der Forderung für Wechsel um fast 100 Millionen Mark (99,24 Millionen Mark), ferner bei einer Vermehrung der umlaufenden Noten um über 78 Millionen Mark. Wenn man nicht den vollen Anprall des ausländischen Goldbegehres ausschließlich auf Deutschland lenken wollte, so mußte man wohl oder übel der Londoner Diskonterhöhung sofort folgen.

Zunahme der gewerblichen Frauenarbeit in Dresden.
Nach einer statistischen Aufnahme der Dresdener Ortskrankenkasse sind die weiblichen Mitglieder dieser Kasse von 1897 bis 1907, also in zehn Jahren, von 21.118 auf 45.106 gestiegen. Die Zahl der männlichen Mitglieder dagegen ist von 70 Prozent auf 58,9 Prozent gefallen, also verhältnismäßig zurückgegangen. Das ist einestheils eine Folge der immer teureren Lebenshaltung, die die Frau zwingt, mitzuerwerben, andererseits das Streben der Unternehmer nach der billigeren Frauenarbeit.

Die achtstündige Arbeitszeit ist seit Oktober d. J. in den optischen und mechanischen Werkstätten der Firma G. Seih in Wehlar nun definitiv zur Einführung gelangt, nachdem sie in vorigen Jahre versuchsweise eingeführt worden war. Sie hat sich durchaus bewährt, trotz der kürzeren Arbeitszeit ist die durchschnittliche Leistungsfähigkeit nicht unwesentlich gestiegen. Neun Zehntel der Arbeiter erklärten sich für die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, nur ein Zehntel der in Accord beschäftigten Arbeiter war für neunstündige.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Auf die in heutiger Nummer enthaltene besondere Bekanntmachung betreffend die Konferenz der Drechler und Knopfmacher machen wir hierdurch aufmerksam.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags erteilt, und zwar ab 1. Dezember: Jena 10 Pf., Meß 15 Pf.; ab 1. Januar 1908: Geithain 10 Pf.

Der Verband des Almanach für das Jahr 1908 hat in dieser Woche begonnen. Bis alle bestellten Sendungen expediert sind, vergehen jedoch mehrere Wochen, was wir zu beachten bitten. Der Preis des Almanach beträgt wie seither für die Verbandsmitglieder 50 Pf. pro Exemplar. Die Mitglieder in den Zahlstellen müssen ihre Bestellungen baldigst bei den Lokalverwaltungen aufgeben. Einzelmitglieder beziehen den Almanach gegen Voreinsendung von 60 Pf. (inklusive Porto) von der Hauptkasse in Stuttgart. Für Nichtmitglieder beträgt der Preis (nur durch den Buchhandel) 1 Mk. pro Exemplar.

Diejenigen Zahlstellenverwaltungen, welche mit ihren Bestellungen noch im Rückstand sind, wollen dieselben unumgehend nachholen, damit der Versand ohne Unterbrechung erfolgen kann.

Diejenigen Zahlstellen (insbesondere mit größerer Mitgliederzahl), welche am 1. Januar 1908 einer neuen Mitgliederliste bedürfen, ersuchen wir, dieselbe bis zum 1. Dezember bei uns zu bestellen.

Erkrankte Mitglieder haben nach § 46 des Statuts den Eintritt ihrer Arbeitsunfähigkeit stets sofort bei der Lokalverwaltung zu melden. Bevor die Arbeitsunfähigkeit jedoch nicht durch ärztliches Attest bescheinigt ist, darf die Krankmeldung nicht entgegengenommen werden. Der Anspruch auf die Krankenunterstützung des Verbandes beginnt an achten Tage der Arbeitsunfähigkeit, vom Tage der Meldung an gerechnet. Die Unterstützung ist am Schlusse jeder Woche in Empfang zu nehmen.

Der Verband der Vergolder in Schweden (Svenska Förgylleri- och Glasmästeri- Arbetarförbundet) hat ab 1. November d. J. mit unserem Verband einen Kartellvertrag abgeschlossen, welcher den gegenseitigen Übertritt der Mitglieder und deren Unterstützung auf der Reise in gleicher Weise regelt, als dies durch die früher mit anderen ausländischen Verbänden bereits abgeschlossenen Gegenseitigkeitsverträge geschehen ist. Gegenwärtig bestehen solche Verträge mit folgenden Verbänden:

1. Verband der Holzarbeiter Österreichs.
2. Verband der Ungarländischen Holzarbeiter (Magyarországi Famunkások Szövetsége).
3. Schweizerischer Holzarbeiterverband.
4. Verband der Tischler in Dänemark. (Snedkerforbundet i Danmark).
5. Verband der Vergolder in Dänemark (Förgyllerforbundet i Danmark).
6. Verband der Korbschneider und Sortiererrinnen in Dänemark (Korkskærer og Sortererernes Fagforening).

7. Verband der Holzarbeiter in Schweden (Svenska Träarbetareförbundet).

8. Verband der Vergolder in Schweden (Svenska Förgylleri- och Glasmästeri- Arbetarförbundet).

Die Mitglieder dieser acht ausländischen Bruderverbände erhalten, sofern sie mindestens 52 Beiträge entrichtet haben, auf der Reise in Deutschland eine Reiseunterstützung von 2 Pf. pro Kilometer, jedoch nicht mehr als 1 Mk. pro Tag und höchstens 30 Mk. innerhalb zwölf Monaten, wobei die im Ausland bezogene Unterstützung mit eingerechnet wird. Bei dieser Aufrechnung wird 1 Krone (Dänemark, Schweden, Österreich, Ungarn) und 1 Frank (Schweiz) gleich 1 Mk. gerechnet. Zum Unterschied von den Mitgliedern unseres Verbandes ist den ausländischen Mitgliedern stets eine weiße Reiselegitimation auszustellen. Beim Übertritt solcher Mitglieder (nach erfolgtem Arbeitsantritt) in den Deutschen Holzarbeiterverband erhalten dieselben ein deutsches Mitgliedsbuch, während das ausländische zur Aufbewahrung an die Hauptkasse einzusenden ist. Mitglieder anderer ausländischer Verbände als der obengenannten haben auf eine Unterstützung in Deutschland keinen Anspruch.

Arbeitslose Mitglieder haben nach § 28 des Statuts den Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit stets sofort bei der Lokalverwaltung zu melden. Im Interesse einer vollständigen Arbeitslosenstatistik liegt es, daß jedes arbeitslose Mitglied, auch wenn nicht unterstützungsberechtigt, die rechtzeitige Meldung nicht versäumt. Bei unterstützungsberechtigten Mitgliedern gilt der Tag der Meldung in allen Fällen als Beginn der Arbeitslosigkeit; nach Ablauf von sieben Tagen nach der Meldung beginnt der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Bezüglich der Reiseunterstützung machen wir aus besonderem Anlaß die Auszahlung sowohl als auch die reisenden Mitglieder darauf aufmerksam, daß der Betrag der Unterstützung höchstens 1 Mk. pro Tag betragen darf, auch wenn mehr als 25 Kilometer zurückgelegt wurden. Wer weniger als 25 Kilometer zurückgelegt hat, erhält als Unterstützung pro Kilometer 4 Pf., ohne Rücksicht auf die Dauer der Reise. Mehr als 3 Mk. auf einmal darf in keinem Falle ausgezahlt werden, auch wenn die zurückgelegte Entfernung mehr als 75 Kilometer und die Reisedauer mehr als 3 Tage betragen hat. Bahnreisende machen hiervon keine Ausnahme.

Den Auszahlern der Reiseunterstützung bringen wir den Beschluß des Mainzer Verbandstags (Seite 188 des Protokolls) in Erinnerung, nach welchem den Zahlstellen anempfohlen ist: „Lokalunterstützung nur nach dreizehnwöchiger Mitgliedschaft zu gewähren. Sie darf die Summe der gezahlten Beiträge nicht übersteigen und muß sich unterhalb der durch 52 wöchige Mitgliedschaft erworbenen Rechte halten.“

An die reisenden Mitglieder richten wir das Ersuchen, während der Dauer ihrer Reise respektive Arbeitslosigkeit die beitragsfreien Wochen im Mitgliedsbuch regelmäßig von den die Unterstützung auszahlenden Kassierern abstempeeln zu lassen.

Die Kassierer haben diese Abstempelung in allen Fällen, welche keinen Zweifel lassen, daß das Mitglied tatsächlich beitragsfrei ist, auch bei durchreisenden Mitgliedern vorzunehmen. Die nachträgliche Abstempelung mehrerer vergangener Wochen ist nur in Ausnahmefällen zulässig.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 29 Hermann Stöber, Tischler, geb. 4. 2. 71 zu Berlin.
 - 128350 J. Wiegand, Tischler, geb. 26. 6. 80 zu Gardsberge.
 - 144744 Karl Obermeit, Tischler, geb. 3. 3. 79 zu Eckeln.
 - 149789 Fritz Müller, Tischler, geb. 5. 9. 79 zu Neumark.
 - 172164 Johannes Müller, Tischler, geb. 15. 9. 83 zu Dresden.
 - 246119 Karl Bachmann, Tischler, geb. 30. 6. 78 zu Plauen.
 - 263124 Gg. Buchholz, Möbelpolierer, geb. 3. 12. 73 zu Berlin.
 - 269000 Aug. Gehrmann, Tischler, geb. 30. 7. 80 zu Neumünster.
 - 283494 Vina Wolfram, Arbeiterin, geb. 19. 9. 84 zu Böhlitz.
- Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

Kartellvertrag

zwischen dem Verband der Vergolder in Schweden und dem Deutschen Holzarbeiterverband.

§ 1.

Die Mitglieder beider Verbände werden gegenseitig ohne Eintrittsgeld aufgenommen, sofern sie ihren Pflichten gegenüber dem Verband, dem sie zuletzt angehörten, bis zum Tage ihrer vorchriftsmäßigen Abmeldung nachgekommen sind und der Übertritt während der ersten acht Wochen ihres Aufenthalts im Lande erfolgt. Bei Ankunft in einer Filiale oder Zahlstelle hat die Anmeldung innerhalb einer Woche zu erfolgen.

§ 2.

a. Die gegenseitige Unterstützung der Mitglieder auf der Reise in Deutschland respektive Schweden wird davon abhängig gemacht, daß das Mitglied eine mindestens 52 wöchige Mitgliedschaftsdauer und ebenso lange Beitragsleistung nachweisen kann.

b. In diesem Falle beträgt die Reiseunterstützung 2 Pf. (2 Ore) pro Kilometer, jedoch nicht mehr als 1 Mk. (1 Krone) pro Tag, auch soll der Gesamtbetrag der Unterstützung innerhalb zwölf Monaten den Betrag von 30 Mk. (in Schweden 20 Kronen) nicht überschreiten.

c. Bei Berechnung vorstehender Höchstsumme ist die von dem anderen Verband bereits bezogene Unterstützung mit einzurechnen.

d. Mitglieder, welche auf einer Tour 10 Mk. (10 Kronen) an Unterstützung erhalten haben, können weitere Unterstützung

nur dann beanspruchen, wenn ihnen keine Arbeit nachgewiesen werden kann.

e. Desgleichen steht Mitgliedern, welche sich am letzten Arbeitsort nicht abgemeldet und ihre Beiträge nicht bis zum Tage der Abreise entrichtet haben, kein Anspruch auf Reiseunterstützung zu.

§ 3.

Dieser Vertrag tritt am 1. November 1907 in Kraft und kann nur nach einvierteljährlicher Kündigung abgeändert oder wieder aufgehoben werden.

Stuttgart, den 8. Juni 1907. Stockholm, den 1. Aug. 1907.
Der Vorstand Svenska Förgylleri- och Glasmästeri- Arbetarförbundet.
(gez.) Theodor Leipart. (gez.) Paul Magnuson.

Agitation unter den Bürstenmachern.

Im Auftrag des Gauvorstandes Stuttgart unternahm ich am 19. Oktober 1907 eine Agitationstour im badischen Schwarzwald, einem der Hauptstämme der deutschen Bürstenindustrie. Die erste Versammlung fand in Staufen statt, welche in Anbetracht der wenigen dort beschäftigten Kollegen leidlich besucht war. Es besteht dort nur eine Bürstenfabrik, welche nur eine kleine Anzahl Kollegen beschäftigt, die zum Teil bei uns organisiert sind. Am 20. Oktober sollte dann eine Versammlung in Münsstertal stattfinden; diese wurde jedoch durch die „Kreb“, die abgehalten wurde, stark beeinträchtigt. Nichtsdestoweniger habe ich doch den Kollegen, die in der Gaststube beisammen saßen, einige Worte der Aufklärung gesagt. Doch hoffe ich, daß die Worte ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Jetzt wanderte ich über steinigen Boden, über Berg und Tal meinem Haupttätigkeitsort zu, nach Todtnau. Hier in Todtnau ist eine alteingesessene Bürstenindustrie vorhanden, wo in sechs größeren und einigen kleineren Betrieben über 500 Beschäftigte zu verzeichnen sind. Aber auch fast in jedem Haushalt betreibt man das „edle Handwerk“ der Bürstenmacherei, wo entweder Bürsten eingezogen, poliert oder verputzt werden. Dabei werden Löhne verdient, welche zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sind. Denn bei den 30 bis 35 Pf., die pro 1000 Bündel für Einzeln bezahlt werden, ist es einfach unmöglich, etwas zu verdienen. Dann sind aber die Herren Unternehmer noch so vornehm, die Einzelmachern, welche sie den Heimarbeitern stellen, sich bezahlen zu lassen. Jeder Arbeiterin werden 5 Prozent des Lohnes hierfür abgezogen, und zwar fünf Jahre lang, dann ist die Bündelabteilmaschine Eigentum der Arbeiterin. Dann wird aber meiner Ansicht nach die betreffende Maschine auch vollständig unbrauchbar sein, jedenfalls ist deren Leistungsfähigkeit dann stark herabgemindert. Aber auch in den Fabriken bestehen noch allerhand Mißstände, von den schlechten Löhnen und langer Arbeitszeit gar nicht zu reden. Denn solange im badischen Schwarzwald Bürsten fabriziert werden, leiden die beschäftigten Kollegen unter kolossaler Ausbeutung, schlechtem Lohn und langer Arbeitszeit. Man sollte ja nun allerdings meinen, daß die Kollegen in Anbetracht ihrer schlechten Lebensverhältnisse den Zielen und Bestrebungen der modernen Gewerkschaften leicht zugänglich wären, aber ich habe gefunden, daß die dortigen Bürstenmacher eine Gleichgültigkeit zeigen, die einfach nicht zu verstehen ist. Denn obwohl die Mehrzahl der Kollegen betriebsweise eingeladen wurden, hielt es der große Teil für besser, zu Hause zu bleiben und die Fabrikveranstaltungen nicht zu besuchen. Auch die am 27. Oktober abgehaltene öffentliche Versammlung konnte besser besucht sein. Und obwohl die Gaststube in der Bergmannshalle vollbesetzt war, darunter der Vorsitzende des Christlichen Holzarbeiterverbandes, ließ sich keiner der Christlichen in der Versammlung sehen. Fehlte die Courage? Bald schien es so. Es hätte den Kollegen nichts geschadet, wenn sie auch einer Versammlung beigewohnt hätten, die vom Deutschen Holzarbeiterverband einberufen war. Denn das ist diejenige Organisation, welche emlich befreit ist, die Bürstenmacher aus ihrer elenden Lage zu befreien. Die Christlichen dagegen, welche versuchen auch hier im Schwarzwald ihre Zersplitterungsarbeit zu betreiben, sprechen in ihren Versammlungen schon gar nicht mehr darüber, auf welche Weise den Kollegen geholfen werden kann. Sie füllen ihre Versammlungen damit aus, über Gewerbeberichte, Krankenkassen oder, wie in der letzten Versammlung in Schönau, über die Berichterstattung der Zeitungen zu sprechen. Nun soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß die dortigen Bürstenmacher keine Ursache hätten, zu derartigen Fragen Stellung zu nehmen, denn das Krankenkassenwesen bedarf dringend einer Änderung im Sinne der Arbeiter; Gewerbeberichte existieren dort überhaupt nicht. Aber ich glaube, den Kollegen wäre am meisten mit einer Aufbesserung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit gedient, als ihnen von den „großartig verlaufenen christlichen Versammlungen“ genauen Bericht zu erstatten. Die dortigen Kollegen betrachten ja auch die Agitationsweise der Christlichen als reine Bauernfängerei. Verschiedene Kollegen, die christlich organisiert waren, haben bestätigt, daß die Christlichen wohl viel versprechen, aber wenig halten. In einem Flugblatt, welches in Schönau verteilt wurde von christlicher Seite, wurde auf Todtnau hingewiesen; fast wie eine Mauer wären die Arbeiter in der christlichen Gewerkschaft vereinigt, große Erfolge wären erzielt. Als ich aber in der Versammlung in Todtnau nach den „großen Erfolgen“ fragte, wußte nicht ein einziger Bürstenmacher etwas davon. Ja, so sieht die Agitationsweise der Christlichen aus. Alles mögliche wird versucht, um den Arbeitern vor den freien Gewerkschaften graulich zu machen. Denn nach den Aussprüchen verschiedener Kollegen organisiert man sich nicht deswegen in den christlichen Gewerkschaften, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, sondern nur, um die freien Gewerkschaften im Schwarzwald nicht hoch kommen zu lassen. Nun, die Kollegen werden nur zu bald einsehen, welchen Fehler sie gemacht haben, sich christlich zu organisieren; dann werden sie dem Beispiel von mehreren Kollegen folgen und ihren Übertritt in den Deutschen Holzarbeiterverband, welcher die einzige Klassenvertretung der Bürstenmacher ist, bewerkstelligen. Die letzte Versammlung fand in Donaueschingen statt, und zwar gleich nach Feierabend; hier ist es immer noch der alte Stamm von Kollegen, welche die Fahne der Organisation hoch halten; möge der übergroße Teil der

Kollegen von Metz & Co. auch bald einsehen, daß es auch ihre Pflicht wäre, die Versammlungen zu besuchen und sich der Organisation anzuschließen, um Schulter an Schulter mit ihren Nebenkollegen für bessere Verhältnisse zu kämpfen, denn auch sie sind doch nicht auf Rosen gebettet.

Ich kann kurz resümieren, daß es noch lange dauern wird, die Kollegen im Schwarzwald von den Vorurteilen gegenüber den freien Gewerkschaften frei und dieselben zu Kämpfern für ihre eigenen Menschenrechte reif zu machen, aber die Zeit wird kommen, trotz aller christlichen Zersplitterungsarbeit und Verhöhnung. So glaube ich denn, daß auch diese Versammlungen, die abgehalten wurden, von Erfolg gewesen sind. Euch aber, ihr Kollegen im Schwarzwald und im Wiesental, rufe ich, schließt euch so schnell als möglich den 4000 Büttenmachern, die schon im Holzarbeiterverband organisiert sind, an, um so eher werdet ihr Nutzen davon haben. Karl Hammer.

Korrespondenzen.

Bremen. (Modelltischler.) In Nr. 45 unserer Zeitung vermißt die Zentralkommission der Modelltischler einen Bericht der Bremer Sektion; daß dieser noch nicht gegeben wurde, liegt nicht etwa an der Gleichgültigkeit der Zeitung. Letztere war sowieso im Begriff, einen Jahresbericht der Zentralkommission im Dezember zukommen zu lassen. Jeder Fernstehende könnte nun der Meinung sein, daß hier unter den Kollegen eine Interesslosigkeit und Gleichgültigkeit eingegriffen sei; dem ist aber nicht so, unsere Sektion wird wohl in nichts den anderen Sektionen nachstehen, wie folgende Zeilen beweisen werden. Wir haben alle Monat unsere Versammlungen und je nach Bedarf Werkstattführungen. In den Monatsversammlungen werden lehrreiche Vorträge gehalten, auch ist die Diskussion hieran eine lebhaft, wie sich überhaupt die Kollegen daran gewöhnt haben, sachlich zu diskutieren. Am 9. November beschäftigte sich unsere Branchenversammlung mit der Arbeit von der Zentralkommission herausgegebenen Statistik. Die Kollegen waren insgesamt der Meinung, daß sich seit Herausgabe der letzten allgemeinen Statistik 1902 schon vieles gebessert habe; auch für Bremen ist das Verhältnis seit Aufnahme der letzten Statistik ein bedeutend besseres geworden, gelang es uns doch im Januar 1907, 22 Kollegen der Firma Osterbrück in Hemelingen zu organisieren, und sind diese nun heute schon mit den Metallarbeitern zusammen in einen Streik getreten, hoffentlich mit Erfolg. Auch uns sonst noch Fernstehende wurden der Organisation zugeführt, und stehen nur noch wenige der Organisation fern. Diese verteilen sich auf kleinere Betriebe, sie sollen auch dem Verband zugeführt werden, denn es wurde eine Kommission eingesetzt, welche eine Hausagitation bei diesen Indifferenten vornehmen soll. Sodann wurde noch ein Ausflug nach Osterholz-Scharmbeck beschlossen; auch diese Tour soll agitatorisch sein, und wollen wir mit den Kollegen in Osterholz-Scharmbeck eine Aussprache herbeiführen.

Glück. (Stellmacher.) Die Firma „Rheinisches Karosserie-Werk und Wagenfabrik vorm. Franz Papler & Sohn“ suchen im Arbeitsmarkt Stellmacher. Wir warnen die Kollegen dringend, auf dieses Inserat hereinzufallen. Der jetzige Inhaber der Firma will, auf seinen Geldsack pochend, den am 7. Mai 1906 abgeschlossenen Vertrag nicht mehr anerkennen. In diesem Vertrag ist ein Mindestlohn für Kastenheifer und Radmacher von 48 Pf. pro Stunde vorgesehen, die Firma bietet den Kollegen 36 Pf., wenn sie dafür nicht arbeiten wollen, können sie wieder gehen. Ebenso weigert sich die Firma, den Zuschlag von 25 Prozent für Überstunden zu zahlen. Wir ersuchen also dringend, den Zugang von der Firma fernzuhalten.

Frankenberg i. S. Unsere Mitgliederversammlung vom 2. November beschäftigte sich mit dem Thema: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der hiesigen Holzindustrie, und wie sind dieselben zu verbessern?“ Kollege Weißner-Chemnitz hatte das Referat übernommen. Derselbe gab den Anwesenden einen kurzen Überblick über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte und kam zu dem Schlusse, daß dieselben notwendig einer Verbesserung bedürften, wenn nicht die Kollegen zu einer drückenden Konkurrenz für das nahe Chemnitz sich gebrauchen lassen wollen. Aber auch bei einer eventuellen Lohnbewegung könnten die hiesigen Holzarbeiter, ganz besonders in der Möbelbranche, für die Chemnitzer Kollegen zum Nachteil sein. Hierauf kritisierte der Referent das Verhalten der Kollegen, welche stets jede Kleinliche persönliche Rivalität benutzten, um die Organisation zu schädigen. Mag die persönliche Feindschaft noch so groß sein, aber wenn es gilt, für die Organisation und durch dieselbe etwas zu erringen, so muß aller Eifer und alle Feindschaft verschwinden. Eine lebhaft Diskussion erfolgte; die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben wurden zum Teil einer scharfen Kritik unterzogen. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß durch das schlechte Organisationsverhältnis wir nicht vorwärts kommen. Eine eingegangene Resolution wurde von den Anwesenden einstimmig angenommen. Sie lautet: „Die heute tagende Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Ferner erkennen die Versammelten an, daß es nur möglich ist, ihre Existenz durch eine starke Organisation zu heben und zu verbessern. Auch verpflichten sich die Versammelten, tatkräftig für einen größeren Ausbau des Deutschen Holzarbeiterverbandes einzutreten, damit es auch in Frankenberg in nächster Zeit möglich ist, für die Holzarbeiter ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen.“ Wünschenswert ist, daß die Versammelten es nicht bei der Annahme der Resolution bewenden lassen, sondern auch Mann für Mann mithelfen, dieselbe zu verwirklichen. Und nun, Kollegen, vorwärts, tue ein jeder seine Pflicht.

Hamburg. (Korbmacher.) Hier sind in der Geschloßvorbranche Differenzen im Anzug. Bei der Firma Gebr. Schwader mußten die Kollegen vor vier Wochen aussetzen wegen Mangel an Beisten. Jetzt, nachdem sie drei Wochen gearbeitet haben, stehen sie vor derselben Tatsache. Da die Kollegen keine Lust haben, alle Augenblicke spazieren zu gehen, auch sonst in diesem Betrieb verschiedene Mißstände vorhanden sind, so sind sie entschlossen, andere Schritte zu unternehmen. In der Nähe von Hamburg verfuhr ein kleiner Unternehmer Frauen auf Drillinge anzulernen bei einem Stundenlohn von 20 Pf. Da wir auch gegen die sich immer mehr ausbreitende Hausarbeit Stellung nehmen

müssen, so richten wir an die auswärtigen Kollegen die dringende Bitte, Hamburg auf das strengste zu meiden. Die Werkstellen, wo Drillinge gemacht werden, sind vollständig besetzt und geht die jetzige Lieferung ihrem Ende entgegen.

Heidelberg. Welche Aufgaben haben die Gewerkschaften in der nächsten Zeit zu erfüllen? war das Thema, über welches hier Kollege Buchendahl-Frankfurt a. M. in einer gut besuchten Mitgliederversammlung referierte. Er verwies in seinem Vortrag auf die drohende Krise und ermahnte zu vermehrtem Zusammenschluß, zu reger Agitation und Organisation, um in der wirtschaftlich ungünstigen Zeit im Verband einen starken Schutz zu besitzen. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Nach Beleuchtung einiger Hebelnoten der Christlichen, ihrer Kampfesweise und Vertragspolitik, wurde die Versammlung mit der Bekanntmachung geschlossen, daß in der nächsten Mitgliederversammlung Redakteur Emil Maier über „Freie und christliche Gewerkschaften“ referieren wird.

Hildesheim. In letzter Zeit macht sich eine große Laune unter den am Orte beschäftigten Holzarbeitern bemerkbar. Das beweisen so recht die schlecht besuchten Versammlungen und Vertrauensmännerführungen. Sollte vielleicht der im Frühjahr abgeschlossene Tarif daran schuld sein? Nun, Kollegen, da hätten wir alle Ursache, auf dem Posten zu sein und nicht die Hände müßig in den Schoß zu legen, denn bei einer derartigen Interesslosigkeit wird es einer Lokalverwaltung fast unmöglich gemacht, etwas zu unternehmen. — Die hiesige Lokalverwaltung hat den Arbeitersekretär Genossen Weiß zu einem Vortragzyklus über die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung gewonnen. Der erste Vortrag fand am 9. November statt mit dem Thema: Das Unfallversicherungsgesetz. Trotzdem die Versammlung acht Tage vorher durch Laufzettel bekannt gegeben war, unter ausdrücklichem Hinweis auf den Vortrag, mußte derselbe vor sage und schreibe 36 Kollegen gehalten werden. Selbst der Referent konnte nicht umhin, in seiner Einleitung diese Gleichgültigkeit zu tadeln. Kollegen, dieses kann unmöglich so weiter gehen; kommt fleißiger und pünktlicher in die Versammlungen und unterstützt die Bestrebungen der Lokalverwaltung, durch lehrreiche Vorträge sowie gegenseitigen Meinungsaustausch die Versammlungen interessant zu gestalten. Der nächste Vortrag von Genossen Weiß findet am 8. Dezember statt und ist als Thema das Krankenversicherungsgesetz bestimmt. Ferner findet am 24. November, nachmittags von 3 bis 5 Uhr, ein Rundgang durch das Römertum statt, wozu der Herr Museumsdirektor persönlich die Führung und Erklärung übernommen hat.

Johanngeorgenstadt. Am 9. November fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, zu welcher auch die Frauen Zutritt hatten. Leider hielten es viele derselben nicht für nötig, zu kommen. Kollege Siefeld-Chemnitz hielt einen lehrreichen Vortrag über: „Der Fluch der Armut“. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. In der darauffolgenden Diskussion wurde scharfe Kritik über das Verhalten der Kollegen der Firma Heinz gelbt, weil die meisten dieser Kollegen sich von der Versammlung fernhielten und weil von ihnen viel zu wenig agitiert werde gegen den jetzt auftretenden Indifferentismus. Leider konnte von den anwesenden Heinzschen Kollegen dem nicht widersprochen werden. Im übrigen ist zurzeit eine Flaute unter den Holzarbeitern zutage gekommen, wie sie lange Zeit nicht war. Es ist daher Pflicht eines jeden Kollegen, eifrigst zu agitieren, damit auch hier endlich bessere Verhältnisse geschaffen werden. Nicht nur bei Vergnügungen, sondern auch bei ernsten Sachen ist es unsere Pflicht, unseren Mann zu stellen. Es gibt doch keine bessere Versicherung für den Arbeiter als die Organisation.

Kaiserslautern. In einer stark besuchten Holzarbeiterversammlung sprach am 4. November Kollege Buchendahl über „Unternehmerterrorismus“. Dieses Thema sowie der Vortrag waren um so interessanter für uns, weil hier die Unternehmer gegenwärtig Terrorismus schlimmster Art betreiben. Durch schwarze Listen wollen sie die Kollegen, die bei Graf wegen ungerechten Lohnmäßigen gezwungen waren, fortzujagen, anhängern. Die Unternehmer scheinen jedoch zu wissen, daß dies eine unehrliche Handlungsweise ist, denn sie versuchen in Zeitungen, Berichten in der „Fachszeitung“, dem Organ des Arbeitgeberschutzverbandes, und in hiesigen Tageszeitungen die ganze Sache anders darzustellen, als wie sie ist. Auf Grund dieser falschen Berichte verlangten wir, daß uns Gelegenheit gegeben werden soll, in einer gemeinschaftlichen Sitzung die Sache klarzustellen. Die Ortsgruppe des Schutzverbandes ist aber zu nobel, um uns Antwort zu geben. Die Unternehmer setzen sich lieber hin und schreiben ein langes Eingekleidet in die Tageszeitungen, in dem sie eine Reihe grober Beleidigungen gegen uns gebrauchen und erklären, daß eine Unterhandlung zwecklos ist. Herr Jobbe vom Arbeitgeberverband sagte bei seinem Hiersein den Unternehmern im Beisein eines Vertreters unseres Verbandes: „Ihr müßt die Organisation der Arbeiter anerkennen, ihr müßt mit dem Holzarbeiterverband unterhandeln.“ Unsere Unternehmer denken aber anders. Inzwischen haben die Schwarzen Listen ihre Wirkung verfehlt. Einzelne Unternehmer sahen ein, daß die Arbeiter von Graf mit Unrecht geächtet werden, und nahmen sie in Arbeit. Das hat Herrn Graf veranlaßt, die Unternehmer aufzusuchen und sie wegen ihrem Verhalten zur Rede zu stellen. Aber ohne was zu erreichen, mußte er betrübt von dannen ziehen. Unseren Miniaturschneidern ist die Freude wieder einmal erspart worden, daß ausgehungerte Arbeiter auf dem Waage zu ihnen rutschen und um Gnade flehen. Wenn unsere auswärtigen Kollegen, die sonst unserer Stadt wegen den schlechten Verhältnissen so weit wie möglich aus dem Wege gehen, die Arbeitsangebote der hiesigen Unternehmer, besonders des Herrn Graf unberücksichtigt lassen, so werden auch unsere Unternehmer einsehen, daß es gut ist, mit den Arbeitern im Frieden zu leben.

Malslin. Am 10. November fand hier im Schützenhaus eine von der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes einberufene öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, in welcher Kollege H. Falkenberg-Stettin über die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter und die Gewerkschaften sprach. Leider war die Versammlung schlecht besucht. Der Redner verstand es in ganz vorzüglicher Weise, die Lebenshaltung der Arbeiter der verschiedenen Länder mit denjenigen der deutschen Arbeiter zu vergleichen, und wies nach, daß der deutsche Ar-

beiter am schlechtesten dasteht. In scharfer Weise verurteilte der Redner die Nachlässigkeit der hiesigen Arbeiter in der Gewerkschaftsbewegung und forderte die Anwesenden auf, reger als bisher für die Gewerkschaften zu agitieren und die noch fernstehenden der Organisation zuzuführen. Lebhafter Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen.

Neustädte. Am 2. Nov. tagte im Saale des „Karlsbader-Haus“ eine Holzarbeiterversammlung, in welcher Kollege Siefeld-Chemnitz über „Der Fluch der Armut“ referierte. Redner erntete für seine anderthalbstündigen Ausführungen reichen Beifall. In der Diskussion wurde den Ausführungen des Referenten zugestimmt und die Gleichgültigkeit der hiesigen Arbeiterschaft den Organisationen gegenüber einer Kritik unterzogen. Der Referent beleuchtete in seinem Schlusswort insbesondere die erbärmliche Lage der ergebirgischen Holzarbeiter und ermahnte die Anwesenden, kräftig für die Organisation zu agitieren. Die Holzarbeiter mühten mehr als bisher für unsere Sache gewonnen werden. Nach der Versammlung ließen sich einige Kollegen in den Verband aufnehmen. Hoffentlich werden sie treue Mitkämpfer und bewegen ihre Mitarbeiter und Freunde ebenfalls, dem Verband beizutreten. Arbeiter und Kollegen! Die gewerkschaftliche Organisation macht wieder langsam Fortschritte, das beweist die letzte Holzarbeiterversammlung. Wenn man auch von gewisser Seite glaubt, die Bewegung schon niedergezerrt zu haben, so werden wir durch unser Wirken den Beweis vom Gegenteil erbringen. Die Zeiten sind ernst, schweren Kämpfen gehen wir entgegen; die Krise wird nicht mehr lange auf sich warten lassen; die Lebensmittel werden alle Tage teurer und die Löhne werden eher gekürzt, anstatt erhöht. Man kann alle Tage in den Zeitungen lesen, daß alle notwendigen Lebensmittel im Preise steigen, man fragt aber nicht danach, ob der Arbeiter in der Lage ist, diese Teuerung zu tragen. Die Staats- sowie alle anderen Beamten erhalten Teuerungszulagen, die dann zum größten Teil von der Arbeiterschaft wieder in Gestalt von höheren Steuern aufgebracht werden müssen. Darum ist es eben notwendig, daß die Arbeiterschaft für ihre Arbeitskraft auch einen höheren Preis verlangen muß. Den Kollegen der Nähmaschinenmüllerei möchte ich ganz besonders zuzurufen, sich von den Personen, die einst an der Spitze der Arbeiterschaft gestanden haben wollen, jetzt aber eine Vertrauensstellung inne haben und stets versuchen, die Organisation zu sprengen und Uneinigkeiten zu stiften, zu trennen.

Offenbach. (Drechsler.) In der Versammlung am 27. Oktober waren von 20 Offenbacher Firmen 15 unvertreten. Wenn man bedenkt, daß in Offenbach allein drei große Zellulosefabriken bestehen, die zirka 300 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, so ist der Besuch von 24 Kollegen wohl ein überaus klägliches zu nennen und ist für die Agitation wohl noch ein weites Feld offen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erhielt Kollege Neumann-Offenbach das Wort. Derselbe behandelte in recht eingehender Weise die Bedeutung des Koalitionsrechtes für die Arbeiter. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine vorzüglichen Ausführungen. Unter Punkt Verschiedenes wurden noch verschiedene Mißstände in den einzelnen Werkstätten besprochen. Die nächste Versammlung soll am 15. Dezember ebenfalls in Offenbach stattfinden und die Zwischenzeit mit intensiver Kleinarbeit ausgefüllt werden.

Schleiz. (Holzschuhmacher.) Die Firma Merker & Jordan sucht einen Holzschuhmacher. Kollegen, die bei der Firma in Arbeit treten möchten, werden ersucht, erst bei der hiesigen Verwaltung anzufragen, ob welche gebraucht werden. Die Plätze sind alle besetzt. Vielleicht will man sich nur eines unliebamen Arbeiters entledigen.

Trossingen. In der am 9. November abgehaltenen Versammlung der hiesigen Zahlstelle war der Hauptpunkt der Tagesordnung: Werkstattumschau. Mit größter Enttäuschung vernahmten die anwesenden Mitglieder die Botschaft, daß unseren fünf Kollegen, die in dem Betrieb der Firma Michael Weiß, Mübelfabrik, beschäftigt sind, gekündigt wurde, und zwar auf Grund der über die Firma in der letzten „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Notiz. In der Versammlung wurde hervorgehoben, daß in diesem Artikel die Firma überhaupt nicht beleidigt sein kann, indem der Arbeitgeber ganz genau weiß, daß der Artikel nur die Wahrheit sagt, was sämtliche, die den Artikel gelesen haben, bezeugen, dann aber auch noch lange nicht anführt, was eigentlich angeführt werden könnte. Denn wenn man sämtliche Mißstände, die in diesem Betrieb vorhanden sind, aufdecken wollte, bräuchten wir mehr als dreimal so viel Raum der „Holzarbeiter-Zeitung“, als der letzte Artikel in Anspruch genommen hat. So kam es vor, daß wenn die Arbeiter des Abends die Arbeit verließen, der Meister mit dem Denunzianten, der in der Werkstatt arbeitet, zurückblieb und dann über jeden einzelnen Arbeiter kritisiert wurde, was er des Tags über gemacht habe, weil man ihm stets zu wenig arbeitet, trotzdem daß dieser Denunziant noch lange nicht der beste Arbeiter im Geschäft ist. Darum ist es auch gar nicht möglich, daß ein tüchtiger Arbeiter neben solchem Denunzianten arbeiten kann. Das ist aber der Firma Michael Weiß gleichgültig, denn sie beschäftigt neben gelernten Schreibern auch noch Zimmerleute, Bauern, Bildhauer und Wirte, die sogar den Vorteil haben, gelernten Schreibern die Arbeit anzugeben. Überdies ist die Firma auch nicht darauf bedacht, eine saubere Arbeit zu liefern, denn es heißt immer nur: „Fort damit, es ist nicht so heilig.“ Hervorzuheben ist, daß unser Geizer, Altschwanenwirt Kratt, sich so sehr für die Sache annimmt, denn nach den Ausdrücken, die er in letzter Zeit gebraucht hatte, könnte man glauben, der Geizer und nicht der Arbeitgeber wäre beleidigt, auch könnte fast der Glaube bei den Arbeitern auftauchen, daß er als stiller Teilhaber bei der Firma beteiligt wäre. Über diese Firma ist bis auf weiteres die Sperre verhängt.

Westerham. Am 10. November fand hier eine allgemeine Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege H. v. Günther aus München einen lehrreichen Vortrag hielt. Redner gab ein Bild der Tätigkeit des Deutschen Holzarbeiterverbandes mit besonderer Berücksichtigung des südlichen Bayern. Dabei beleuchtete er eingehend die Folgen des Zolltariffs für die Arbeiterschaft, zumal ja gerade in dieser Gegend mit Hochdruck seinerzeit für Durchführung dieses Schutzzolls gewirkt wurde. Heute versuchen bereits die Herren Meister vom Bäcktrug der Arbeiterschaft begreiflich zu machen, daß sie mit den teuren Mehlpreisen bald an dem Ranke des Ruins

angelangt seien und als Folge nun die Brotpreise erhöhen müßten. Auch die Biersteuer sind schon recht eifrig bei der Arbeit, das Liter Bier um 2 Pf. zu erhöhen. Trotzdem gebe es Leute, die den Arbeitern glauben machen wollen, an der Lebensmittelpreissteigerung seien die steigenden Löhne der Arbeiter schuld. Der beste Gegenbeweis sei jedoch das Mehrgewerbe, in welchem die Gehilfen noch keine Lohnbewegungen geführt haben. Dem lebhaften Beifall folgte eine anregende Diskussion, die sich auch mit dem Verhalten der Mitglieder des katholischen Arbeitervereins Brudermühl beschäftigte. Ein Mitglied des letzteren hat dem Arbeitgeber gegenüber mit Bezug auf unseren dortigen Bevollmächtigten geäußert, „dieser sei ein großer Heher“, um dadurch dessen Entlassung zu bewirken. Ein solch arbeiterverräterisches Gebaren verdient niedriger gehängt zu werden. Es stünde diesen frommen Hebern besser an, sie würden mit Sorge tragen, die Sonntagsarbeit beseitigen zu helfen. Diese frommen „Gebpächter“ der christlichen Nächstenliebe haben aber ihren denunziatorischen Zweck glücklich nicht erreicht. Im Schlußwort rechnete der Referent mit diesen Leuten gebührend ab, indem er betonte, die Verhältnisse seien stärker als die Menschen, auch diesen Arbeitern werden noch die Augen aufgehen. Mit Fahnenweihen, Theaterspielen und Schuhplatteln allein werden die traurigen Verhältnisse nicht gebessert. Eine Anzahl Aufnahmen waren das Resultat dieser gut besuchten Versammlung.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Bezug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugung ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinen- und Schlosserarbeiten nach Gder n = förde (Krudau und Holtorf), Hemelingen bei Bremen (Osenbrück), Hohenholm b. Bromberg, Pauenburg i. Pomm., Minden i. Westf., Mühlendorf a. Inn (Kempf & Geiger), Neu-Sfenburg, Solingen, Wolfenbüttel (Knuß);**
- Tischlern, Stuhlbauern, Drechsler und Maschinenarbeiten nach Lauterberg a. Harz;**
- Korbmachern nach Dreisenhagen (Steinhöfel);**
- Stellmachern nach Dresden (Wagenfabrik Liebischer);**
- Stockerarbeiten nach Grimma;**
- Vergoldern nach Darmstadt, Budapest und Liptow-Malufina in Ungarn;**
- Modelltischlern und Mühlenbauern nach Blankenburg und Sorge im Harz, Hamburg (F. L. Schule), Sangerhausen (Barbarossawerk);**
- Blumenmachern nach Jshoe (Gebr. Corbeltn).**

In Brandenburg a. S. wurde im April d. J. von Seiten des Holzarbeiterverbandes mit der Firma Adolf Schmidt, Brandenburger Glanzrohrmühlfabrik, ein auf ein Jahr lautender Tarifvertrag abgeschlossen. Die Firma hat sich jetzt freiwillig bereit erklärt, 10 Prozent Aufschlag zu den bestehenden Akkordtarifen vom 1. November d. J. ab auf ein Jahr zu zahlen.

In Dresden hatten die Rahmenmacher und Vergolder an die Unternehmer Forderungen eingereicht dahingehend, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse denen der Bau- und Möbeltischler gleichgestellt werden sollten. Bei den Rahmengeschäften erreichten die Kollegen 2 1/2 bis 5 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 4 bis 8 Pf. Lohn-erhöhung pro Stunde. Die Geschäfte, in denen die Vergolder maßgebend sind, bewilligten eine Arbeitszeitverkürzung von 1/4 bis 2 Stunden und Lohn-erhöhung von 1 Mk. pro Woche. Bei den Vergoldern soll eine weitere Regelung der Arbeitszeit und der Löhne nach Neujahr respektive zum Frühjahr erfolgen. Für die Vergolder heißt es nun, durch treues Festhalten an der Organisation und Gewinnung der Indifferenzen für die Organisation auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten. Nun dann werden wir imstande sein, im nächsten Jahre die Lohn- und Arbeitsverhältnisse denen der anderen Branchen gleichzustellen.

In Elrich am Harz gelang es durch gütliche Vereinbarung, in den beiden maßgebenden Geschäften von Brauer und Notzberger die 10stündige Arbeitszeit ohne Lohn-Verkürzung einzuführen. Wieder ein Beweis dafür, daß durch einiges Zusammenhalten etwas zu erreichen ist. Dieser Erfolg sollte eigentlich für die in Elrich beschäftigten Leistenarbeiter ein Fingerzeig sein, daß auch sie sich der Organisation wieder anschließen und nicht mehr schmollend beiseite stehen. Die in den Leistenfabriken beschäftigten Kollegen dürfen überzeugt sein, daß auch sie durch ein festes Zusammenhalten sehr bald ihre mißliche Lage verbessern könnten. Heute müssen sie noch, um nur einen einigermaßen auskömmlichen Lohn rauszuschinden, 11 Stunden lang an jedem Tage arbeiten. Eine solche Arbeitszeit ist hier in der ganzen Umgegend in der Holzindustrie nicht mehr üblich und sollten deshalb auch die Leistenarbeiter bald einmal mit dem alten Schleichdrian brechen und durch die Organisation Abhilfe schaffen.

In Lauterberg am Harz gestaltet sich der Kampf zwischen den Stuhlfabrikanten und den ausgesperrten Arbeitern immer hartnäckiger. Bestand bisher noch die Hoffnung, der Kampf werde bis zum Winter beendet sein, so kann heute darüber wohl kein Zweifel bestehen, daß die Fabrikanten hier einen Kampf um Sein und Nichtsein des Holzarbeiterverbandes am Orte haben wollen. Obwohl mehrfach Versuche zur Verständigung gemacht wurden, ist es nicht gelungen, die Fabrikanten auch nur im geringsten zum Nachgeben zu bewegen. Es wird also nichts weiter übrig bleiben, als den Kampf fortzusetzen, selbst dann, wenn er den ganzen Winter hindurch anhalten sollte. Die Lauterberger Kollegen stehen noch so einmütig im Kampfe wie zu Beginn desselben. Immer mehr gelingt es auch, die Kollegen anderweitig unterzubringen, und werden dadurch die Fabrikanten einen großen Teil ihrer tüchtigsten Arbeitskräfte verlieren. Es ist schon jetzt die Tatsache zu verzeichnen, daß auch mehrere Verheiratete, die draußen bessere Verhält-

nisse angetroffen haben, den Antrag auf Gewährung der Umzugsunterstützung gestellt und somit die Absicht bekundet haben, dauernd von Lauterberg zu scheiden. Insgesamt sind nunmehr von den 300 Ausgesperrten 160 Kollegen abgereist oder am Orte anderweitig untergebracht. Der Verband kann also den Verlauf der Dinge vorläufig einmal abwarten. Ob die Fabrikanten auch ruhigen Herzens den kommenden Dingen entgegensehen, möchten wir doch stark bezweifeln. Es sind tatsächlich auch schon verzweifelte Anstrengungen von ihnen gemacht, um für die Ausgesperrten von außerhalb Ersatz zu schaffen. Selbstverständlich nur mit minimalem Erfolg. Vielfach gelang es den Kollegen in den anderen Orten, wo der Streikvorstoß stattgefunden sollte, die „Arbeitswilligen“ den Fabrikanten sofort wieder zu entreißen. Wo das nicht gelang, weil unsere Kollegen von den Streikbrecheragenten nicht wußten, da waren die Lauterberger Kollegen auf dem Posten und jagten die wenigen „Arbeitswilligen“ den Fabrikanten wieder ab. Aber selbst in den seltenen Fällen, wo es gelang die Leute ungeschoren in die Fabriken zu bringen, genügt meistens ein paar Tage, um auch diesen das Arbeiten zu verleiden und sie schleunigst zur Abreise zu bewegen. Am besten kann man den „Erfolg“ der Aussperrung ja beobachten, wenn man beachtet, was an fertigen Stühlen aus Lauterberg raus geschickt wird. Während in normalen Zeiten jede Woche mehrere große offene Waggon zum Versand kamen, sind während der 10wöchigen Dauer der Aussperrung gerade drei große Waggon und etwas Stückgut zur Ablieferung gekommen. Diese Stühle waren ja schon zu Beginn der Aussperrung fertig und ist demnach so gut wie nichts von den Arbeitswilligen angefertigt worden. Lediglich um die Außenwelt zu täuschen sind die „teuren“ Arbeitswilligen in den Fabriken beschäftigt. Ganz besonders unangenehm wird die Firma Weiß & Hildebrandt von den Folgen der Aussperrung getroffen. Während bisher die betreffende Firma am Orte die einzige in der Nähmaschinenbranche war, hat sich jetzt schon eine zweite aufgetan, die einen Teil der Arbeiter von Weiß & Hildebrandt eingestellt hat, und im kommenden Frühjahr wird sich noch eine Firma aufthun, die ohne Zweifel einen erheblichen Teil der Kundschaft von Weiß & Hildebrandt an sich reißen wird. Das Filialgeschäft der Firma in Kaiserlautern ist denn auch wegen Mangel an vorgearbeiteten Möbeln nahezu geschlossen. Der größte Teil der dort beschäftigten Arbeiter ist wegen Mangel an Arbeit entlassen und die übrigen erwarten die Kündigung mit jedem Tage. So wird denn die gesamte Lauterberger Holzindustrie gewaltig geschädigt, weil die Herren Fabrikanten glauben, sie könnten, wie 1896, auch jetzt die ihnen unangenehme Organisation wieder los werden und auf Jahre hinaus schalten und walten, wie es ihnen beliebt. Daß dem nicht so wird, sondern daß auch hier endlich einmal der Bann gebrochen und bessere Zustände eingeführt werden, dafür wird die Lauterberger Holzarbeiterchaft, die ihren Rückhalt in der Gesamtorganisation hat, sorgen. Mag der Kampf auch noch so schwer werden, die Lauterberger Kollegen werden einmütig bis zum Schlusse ausharren.

In Lauenburg in Pomm. währt der Kampf um die 10stündige Arbeitszeit nun schon 14 Wochen und bisher ist es zu keiner Einigung gekommen. Die in der sechsten Woche stattgefundenen Verhandlung führte zu keinem Resultat, da die Arbeitgeber eine Verkürzung der 11stündigen Arbeitszeit für unmöglich hielten. Danach machten sie die verzweifeltsten Anstrengungen, durch Streikbrecherannoncen hauptsächlich in den ost- und westpreussischen Zeitungen Arbeitswillige zu suchen. Wenn auch bisher circa 15 Mann gekommen sind, so ist es ihnen doch nicht gelungen, ein derartiges nützliches Element zu finden. Da die Kollegen fast alle den Ort verlassen haben, werden die hiesigen Arbeitgeber sich doch bald genötigt fühlen, uns die 10stündige Arbeitszeit zugestehen. Zugung ist nach wie vor fernzuhalten.

In Loitz haben die Korbmacher auf glückliche Weise eine Lohn-erhöhung der Akkordsätze und des Stundenlohns durchgesetzt, und zwar für Korbfächer von 8 bis 7 1/2 Liter 2 Pf., von 10 bis 12 1/2 Liter 1 Pf., für Demijohns von 8 bis 10 Liter 1 Pf. Ferner erzielten sie mientgeltliche Lieferung der Sappen und für Entlohnung 2 Pf. Erhöhung. Die Säge gehen bis zum 1. Januar 1909.

In Neu-Friedland dauert der Streik nun schon 6 Wochen, ohne daß sich die Situation verändert hat. Die Unternehmer arbeiten mit allen erdenklichen Mitteln, um Arbeitswillige herbeizuschaffen. Es ist ihnen aber, wenige Ausnahmen ausgenommen, bis jetzt noch nicht gelungen. Mit Hilfe der Polizei werden diese Klausureifer von und zur Arbeitsstelle gebracht. Die Arbeitgeber lehnen noch jede Unterhandlung ab, sogar das Einigungsamt, welches von Seiten des Gewerbegerichts vorkommend in Vorschlag gebracht wurde. Die Streikenden nahmen in einer Streikversammlung dazu Stellung und beschlossen den Kampf unverändert mit aller Schärfe weiterzuführen. Wie ersehen daher die Kollegen allerorts, den Zugung nach hier strengstens fernzuhalten.

In Solingen dauert der Streik der Schreiner fort. Tatsächlich hat eine Reihe Meister es mit ihrer Ehre in Einklang zu bringen vermocht, die ihrerseits schriftlich anerkannten Zugeständnisse wieder zurückzuziehen. Eine am 10. November stattgefundenen öffentliche Holzarbeiterversammlung beschäftigte sich sehr eingehend mit diesem Wortbruch der Meister. Dieser Wortbruch zeitigte das Ergebnis, daß die Streikenden in eine Kampfesstimmung versetzt wurden, wie eine solche vor Beginn des Streiks wohl kaum besser zu verzeichnen war. Wenn Herr Siebel und mit ihm die genasführten Meister glaubten, durch die letzte Verhandlung und durch den teilweisen Erfolg ihres Terrorismus die Streikenden freimüde und zaghaft zu machen, so ist gerade das Gegenteil von dem eingetreten. Der Kampf wird mit ungechwächter Kraft weitergeführt, und zwar so lange, bis den Streikenden annehmbare Zugeständnisse gemacht werden. Kollegen Deutschlands, haltet den Zugung nach Solingen streng fern, dann wird dieser Kampf, welcher sich zu einer Machtprobe des gesamten Unternehmertums gegenüber den streikenden Schreineren gestaltet hat, auch mit einem Erfolge für die letzteren enden.

In Wolfenbüttel dauert der Streik bei der Firma W. Knuß, Möbelfabrik, noch fort. Große Hoffnung hatte die Firma auf die Kollegen, welche ihren Akkord noch fertig machten. Alles Zureden und Versprechen: „Machen Sie man den Anfang und bleiben Sie, dann kommen die anderen auch nach“, half aber nichts, denn die Kollegen gingen raus.

Die Firma wandte sich in voriger Woche durch eine Zuschrift an den evangelisch-nationalen Arbeiterverein, wozu sie mitteilte: „Es handelt sich nur um eine Kraftprobe des Holzarbeiterverbandes, der auch in Wolfenbüttel etwas leisten wollte! Dann kamen die übrigen Lamentos, daß man dazu gezwungen wäre, um konkurrenzfähig zu bleiben. Nebenfalls soll dieser Verein und mit ihm die Herberge zur Heimat Arbeitskräfte beschaffen. Zu ihrem Leidwesen hat aber die Firma bis jetzt kein Glück. Der eine, der sich gefunden hatte, ist gar nicht in Arbeit getreten. Darob große Entrüstung und Beschwerde bei der Polizei „wegen Abtreibung von Arbeitskräften“. Aber selbst die Polizei mußte zugestehen, daß sich die Streikenden ruhig und besonnen verhalten. Die Firma steckt sich jetzt gewaltig in Unkosten, um ihre Arbeiten in anderen Städten unterzubringen. Es wird unseren Kollegen nicht allzu schwer werden, dieses festzustellen, denn die Firma liefert das Furnier, massiv Holz und auch die Zinkstifte selbst. Zugung nach Wolfenbüttel ist weiterhin fernzuhalten.

Ausland.

In Schweden ist nach einer Mitteilung an die internationale Union der Holzarbeiter die Firma O. Olson (Inhaber Wetternack) in Norrköping für Rahmenvergolder gesperrt.

In Paris sind bei der englischen Firma Gilloa & Marling die beschäftigten 54 Kollegen in den Streik getreten. Sie verlangen die englische Arbeitszeit (10 Stunden täglich, Sonnabend 5 Stunden) und eine Lohn-erhöhung. Die Firma beschäftigt viele Ausländer, Engländer und Deutsche, weshalb damit zu rechnen ist, daß sie jetzt auch versuchen, Streikbrecher aus dem Ausland heranzuziehen. Deshalb wird vor Annahme von Arbeitsangeboten hiermit gewarnt.

Aus der Holzindustrie.

Krisenzeichen im deutschen Holzhandel. Die Krise hat im Holzhandel schon eine Reihe von Opfern gefordert, und zwar wurden ihre Wirkungen durch die Bauarbeiteraussperrungen in Berlin und einigen anderen Orten wesentlich verschärft. Bereits im Juli brach die bedeutende Berliner Holzfirma Gustav Cohn zusammen und zog vier kleinere Berliner Firmen und eine bedeutende Steffiner Firma in Mitleidenschaft. Weitere Firmen wurden durch Unterstützung der Hochfinanz über Wasser gehalten. Die zunehmenden Geldschwierigkeiten haben die Situation der Holzhändlerfirmen jedoch weiter verschärft und zwei angesehenere Danziger Firmen, Albrecht & Co. und L. Goldhaber, sehen sich zur Einstellung ihrer Zahlungen gezwungen. Die Wechselverbindlichkeiten der Firma Albrecht betragen etwa 800 000 Mark, die der Firma Goldhaber mehr als 1 000 000 Mark.

H. Fuchs, Waggonfabrik Aktiengesellschaft, Seidelberg. Von der Verwaltung wurde in der ordentlichen Hauptversammlung mitgeteilt, daß die Gesellschaft mit reichlichen und lohnenden Aufträgen bis in das Geschäftsjahr 1909 hinaus beschäftigt sei. Die Fabrik beschäftigte jetzt über 1100 Arbeiter, und man habe in den ersten vier Monaten des neuen Geschäftsjahres bereits einen Mehrgewinn von 700 000 Mk. erzielt; man hoffe daher, im kommenden Jahre ein mindestens gleich gutes Ergebnis vorlegen zu können. Von einem Aktionär wurde angeregt, in Zukunft eine etwas höhere Dividende auszuschütten, da die Geschäftslage der Waggonfabrik dies wohl gestatte. Auf eine Anfrage, ob man in Anbetracht der hohen Schulden nicht besser das Aktienkapital erhöhe, wurde erwidert, daß darüber bereits eine Aussprache innerhalb der Verwaltung stattgefunden habe. Man wolle jedoch den Eintritt besserer Verhältnisse am Geldmarkt abwarten, ehe man der Frage näher trete.

Musikinstrumentenaußenhandel Belgiens im Jahre 1906 und Deutschlands Anteil hieran. Nach amtlichen belgischen Nachrichten betrug die Musikinstrumenteneinfuhr im Jahre 1906 im ganzen 807 054 Kilogramm im Werte von 2 335 255 Franken. Davon entfielen auf Deutschland 393 380 Kilogramm im Werte von 1 088 075 Franken. Die Einfuhr Belgiens betrug 17 030 Kilogramm im Werte von 47 667 Franken. Davon gingen nach Deutschland 9932 Kilogramm im Werte von 44 595 Franken.

Die Musikinstrumenteneinfuhr in British-Südafrika im Jahre 1906 stellte sich nach der Aufstellung des Handelsfachverständigen beim deutschen Konsulat in Johannesburg auf 131 716 Pfund Sterling (rund 2 634 320 Mk.). Auf Deutschland entfielen hiervon 79 948 Pfund Sterling, Großbritannien 34 396 Pfund Sterling, die Vereinigten Staaten von Amerika 13 108 Pfund Sterling. Deutschland deckte also 60 Prozent des Gesamtbedarfs in Musikinstrumenten.

Gewerkschaftliches.

Die Bewegung der englischen Eisenbahner.

In den letzten Wochen vollzog sich in England eine bedeutungsvolle Arbeiterbewegung, die die öffentliche Meinung nicht nur Englands, sondern auch des Kontinents sehr intensiv beschäftigte, wir meinen den Kampf der englischen Eisenbahner um Anerkennung ihrer Organisation seitens der Eisenbahngesellschaften. In England befinden sich die Eisenbahnunternehmungen nämlich noch im Privatbesitz. Mit diesen Gesellschaften führte die Organisation der Eisenbahner seit längerer Zeit schon einen erbitterten Kampf. Als solche kommt in der Hauptsache die sich über alle Grade des eigentlichen Bahndienstes erstreckende Amalgamated Society of Railway Servants, die Vereinigte Gesellschaft der Eisenbahnangestellten, in Betracht, die seit 1872 besteht und die rund 100 000 Mitglieder zählt. In den letzten Jahren hat der englische Eisenbahnverkehr eine ganz erhebliche Steigerung erfahren, wodurch die Anforderungen an das Personal, besonders an das mit der Fortbewegung der Wagen beschäftigte Personal bedeutend gewachsen sind. Die Verbandsmitglieder stellten deshalb gewisse Forderungen, die auf eine Verbesserung ihrer Lage abzielten: kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne. Auf ihrem Kongress im November 1906 forderten sie den Verbandsvorstand auf, zu diesem

Zwecke mit den Bahndirektoren in Unterhandlungen zu treten. Der Sekretär führte diesen Auftrag aus, aber es wurde ihm die Antwort zuteil, er sei nicht berechtigt, im Namen der Bahnangestellten zu sprechen; diejenigen Arbeiter, die Beschwerden hätten, sollten sich an die Bahnverwaltungen wenden, aber mit Verbandsbeamten wollten die Bahndirektoren nicht in Unterhandlungen eintreten. So standen die Dinge zu Anfang dieses Jahres. Ihre ungünstige Lage nötigte die Eisenbahner nun zu einem entschiedeneren Vorgehen gegen die Gesellschaften. Sie verlangten die Anerkennung ihrer Organisation, damit sie in wirkungsvoller Weise mit den Bahndirektoren unterhandeln könnten; dann wäre es ihnen leichter, die große Masse der Bahnangestellten zu organisieren und dem Verband denjenigen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen zu gewähren, der im Interesse der Arbeiter notwendig ist. Aber die Eisenbahngesellschaften zeigten der Forderung der Eisenbahner gegenüber keinerlei Entgegenkommen. Ein Streik schien unvermeidlich; mit großer Mehrheit war der Kampf von den Angestellten bereits beschlossen, und auch die Gesellschaften hatten sich darauf genügend vorbereitet, da kam es im letzten Augenblick durch Vermittlung des englischen Handelsministers Lloyd-George zwischen den Gesellschaften und den Eisenbahnern zu einer Verständigung.

Das unter dem Drucke der öffentlichen Meinung zustande gekommene Abkommen verlangt die Bildung von Schlichtungskomitees, zu denen die Vertreter der Angestellten durch Abstimmung aller nicht unter 20 Jahre alten Arbeiter nach Bedarf der verschiedenen Grade und Beschäftigung der Angestellten in Abteilungen und, wenn nötig, distriktweise gewählt werden und die Vertreter der Gesellschaften von diesen ernannt werden sollen. Die Unterzeichnung dieses Abkommens seitens der Direktoren der Eisenbahngesellschaften bedeutet einen Sieg der Angestellten.

Damit hat einer der für die Arbeiter lehrreichsten Kämpfe sein friedliches Ende erreicht. „Das Lehrreiche liegt“ wie die „Leipziger Volkszeitung“ so treffend sagt, „gerade darin, daß er nicht zum Ausbruch kam. Nicht in den Kämpfen, in denen die Arbeiter durch erhöhte Not und Entbehrung, die sie sich selbst auferlegen für eine Zeitlang, um das ihnen von der Allgewalt des Kapitals zubilligte Joch in Zukunft für sich und ihre Kinder etwas zu erleichtern, nicht in den langen Streiks offenbart sich ihre wahre Macht, und mögen sie auch mit Erfolg beendet werden, sondern aus jenen Bewegungen können sie lernen, in denen die Arbeiter ihre Stellung so genommen, daß sie allein durch den Anmarsch ihrer Bataillone den Feind zwingen, zurückzuweichen und das Feld zu räumen, bevor noch die erste Kriegsmunition verpulvert, und sei es auch nur Schritt für Schritt.“

Eine für die Gewerkschaften folgenschwere Entscheidung. Anfang vorigen Jahres brach in der Druckerei der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ ein Streik der Setzer aus. Ein Teil der Streikenden war daraufhin von dem Verleger Dr. Reizmann-Grone auf Ersatz des Gesamtschadens, etwa 5 1/2 Tausend Mark, verklagt und vom Gewerbegericht sowie vom Berufungsgericht zur Zahlung verurteilt worden. Doch machte das Berufungsgericht die Zahlung von der Leistung des Eides des Klägers abhängig. Dr. Reizmann-Grone hat nunmehr den Eid geleistet. Danach hat jeder der ausständig Gewesenen 340 Mk. zu zahlen.

Ein Warenhausboykott wurde in den letzten Wochen in Berlin durchgeführt. Die Firma Jandorf & Co. in Berlin, die Besitzer mehrerer Warenhäuser, versuchte, ihren angestellten Hausdienern, Packern usw. in einseitiger Weise einen Tarif aufzuzwingen, der das ungenügend begründete Verlassen der Stellung mit einer Konventionalstrafe von 101 Mk. belegen wollte, das heißt diese Strafe sollte nur von den Angestellten gezahlt werden und verpflichtete die Firma nicht zur gleichen Strafe im Falle, daß von ihrer Seite unbegründet die Entlassung eines der in Frage kommenden Angestellten erfolgen sollte. Dieser Passus des Tarifs sowie einige andere Bestimmungen desselben waren für die Angestellten unannehmbar. Sie weigerten sich, den Tarif durch ihre Unterschrift anzuerkennen, und darauf wurden 164 Hausdiener entlassen. — Der Transportarbeiterverband, dessen Mitglieder die Entlassenen waren, nahm sich der Sache an. Die gemeinsam mit der Berliner Gewerkschaftskommission, dem Vorstand Sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins einerseits und der Firma Jandorf andererseits gepflogenen Verhandlungen verliefen, da die Firma sich zu keinen Konzessionen herbeiliess, resultatlos, und so verhängte die Berliner Arbeitererschaft den Boykott über sämtliche Berliner Geschäfte der Firma. Der Boykott, konsequent durchgeführt, hat nach kaum dreiwöchiger Dauer mit einem Sieg der Arbeitererschaft geendet. Die Firma hat die Forderung einer einseitigen Vertragsbruchstrafe fallen gelassen und eine paritätische, auf das gesetzliche Maß beschränkte ist an deren Stelle getreten. Streitfälle werden durch ein einwandfreies Schiedsgericht erledigt. Auf Grund dieser Zugeständnisse wurde der Boykott beendet.

Unternehmerbewegung.

Die Scharfmacher am Werk.

Daß die Scharfmacher zurzeit konsequent auf eine reaktionäre Gestaltung des Koalitionsrechtes wie der Arbeiterchutz- und Arbeiterverfassungsgesetzgebung hinarbeiten, konnte man aus den Herbsttagungen des Bundes der Industriellen wie des Zentralverbandes deutscher Industriellen ersehen, über die wir in Nr. 45 unserer Zeitung berichtet haben. Diese Versammlungen und ihre durchaus scharfmacherischen Beschlüsse waren von langer Hand vorbereitet, denn wie die „Leipziger Volkszeitung“ kürzlich mitteilen konnte, war von der Leitung des Zentralverbandes deutscher Industrieller vor dem Delegiertentag dieses Verbandes an die angeschlossenen Organisationen eine dringende Weisung ergangen, für eine zahlreiche Beschickung der

Scharfmacherversammlung wie für eine scharfmacherische Beschlussfassung auf derselben Stimmung zu machen. Das ist dann auch geschehen und der Erfolg dieser Stimmungsmache trat dann auf dem Delegiertentag des Zentralverbandes selbst zutage.

Daß man auch nach dieser Tagung die reaktionäre Wühlarbeit zielbewußt fortsetzt, erfährt man aus der Tatsache, daß sowohl der bayerische wie der sächsische Industriellenverband in der gleichen Weise gegen eine fortschrittliche und für eine rückschrittliche Gestaltung der Arbeitergesetzgebung Stellung genommen haben, wie der Zentralverband deutscher Industriellen und der Bund der Industriellen jüngst in Berlin. Und in der „Arbeitgeber-Zeitung“ wird mit wahren Fanatismus von neuem gegen das verhasste Reichstagswahlrecht zu Felde gezogen. „Es muß das Reichstagswahlrecht angegriffen werden, wenn das einzelstaatliche Wahlrecht vor den Schädigungen bewahrt werden soll, denen es durch das erste ausgekehrt ist“, sagt das Scharfmacherblatt zur Begründung seines Wahlrechtsraubzugs.

Aus alledem geht hervor, daß die Scharfmacher zu einem konzentrischen Angriff auf die Arbeiterschaft rüsten. Hier gilt es auf der Hut zu sein, wenn wir uns vor schweren Schädigungen bewahren wollen. Denn wenn je, so gilt es für den Arbeiter, daß er sich ein freiherrliches Recht erwerben müsse, will er es besitzen. Also fester Zusammenschluß in den wirtschaftlichen und politischen Organisationen, das muß unsere Parole sein angesichts der Rüstungen der Scharfmacher.

Technisches.

Neue Fachliteratur.

Ein sehr interessantes Werk mit einem reichen und guten Inhalt auf 100 Tafeln in schlichter Mappe wurde uns unterbreitet: „Garten-Solz-Architektur“ ist der Titel, Preisarbeiten, Verlag von Stephan Schmitz, Berlin C2, Kaiser Wilhelmstr. 46. Wie schon der Titel sagt, sind die Entwürfe aus einem Wettbewerb hervorgegangen. Zeitgemäßer konnte ein solcher wohl kaum veranstaltet werden, denn auf diesem Gebiet liegt wirklich nichts Brauchbares vor. Das ganze Werk umfaßt alle Holzbauten und Möbel, wie solche in einem Hausgarten oder Ziergarten vorkommen. Um nun jedes Stück in seine aparte Umgebung hineinzufügen, mußte auch auf die umgebenden Anlagen und Pflanzungen Bezug genommen werden. So entstanden in vielseitigstem Ideenwechsel die zahlreichen Entwürfe. Diese erstrecken sich auf Gartenhäuschen, Lauben, freie und überdeckte Sitzplätze, Einfriedigungen, Türen und Tore, aber auch die dazu gehörigen Tische, Bänke, Stühle, Sessel usw. sind geboten.

Zahlreiche namhafte Künstler haben an der Erfüllung der gestellten Aufgabe in dankenswerter Weise gearbeitet. Nur die besten Lösungen wurden ausgewählt und vervielfältigt. Nur auf diesem Wege war es möglich, ein so reichhaltiges Material in einem Werke zu vereinigen. Darum gebührt beiden Teilen gleiche Anerkennung, dem Verleger sowohl als den beteiligten Mitarbeitern. Ohne Zweifel wird dieses schöne Werk von den Interessenten, seien es nun Tischler- oder Zimmermeister, freudig begrüßt werden. Damit ist ihm auch eine weite Verbreitung gesichert. Es werden aber auch Architekten und Fachschulen viel Nutzen daraus ziehen, wenn sie den Inhalt studieren und verwenden, denn wirklich Neues und Brauchbares war bisher auf diesem Gebiet nicht vorhanden, da alles veraltet und unzeitgemäß geworden ist.

Eingefandt.

De Runderz der Drechsler,

welche sei längere Zeit geplant ist, berufen wir hierdurch in Übereinstimmung mit der Mehrzahl der an uns eingereichten Anträge auf den 30. und 31. Dezember d. J. nach Leipzig ein.

An der Konferenz sollen sämtliche Branchen des Drechslergewerbes (Holz-, Horn-, Gummi-, Eisen-, Pfeifendrehler, Stockarbeiter, Knopfmacher, Rammacher usw.) beteiligt sein, so daß in den Zahlstellen, in welchen mehrere Branchen vertreten sind, bei der Wahl der Delegierten darauf gesehen werden sollte, daß der Gewählte möglichst über die Verhältnisse aller am Orte vertretenen Branchen informiert ist. Die Entsendung mehrerer Delegierten aus einer Zahlstelle ist mit Einwilligung der Lokalverwaltung, jedoch nur aus den Großstädten, zulässig.

Auch die Hartgummidrechsler, einschließlich der in der chirurgischen Branche beschäftigten, sowie die Stockarbeiter sind zu der Konferenz eingeladen. Die für diese beiden Branchen bereits bestehenden Zentralkommissionen werden auf der Konferenz vertreten sein. Es wird darüber zu beraten sein, ob es nötig und zweckmäßig ist, in Zukunft neben der in Aussicht stehenden Zentralkommission der Drechsler diese beiden seitherigen Zentralkommissionen noch beizubehalten.

Um den Zweck der Drechslerkonferenz als einer Vertretung sämtlicher Branchen des Gewerbes zu erreichen, soll auch die in Aussicht genommene

Konferenz der Knopfmacher

zu gleicher Zeit und am gleichen Ort abgehalten werden. Jedoch findet eine Vorbesprechung der Delegierten der Knopfmacher bereits am 29. Dezember in Leipzig statt.

Wegen der Entsendung eines Delegierten haben die Sektionen der Drechsler, Knopfmacher usw. sich mit ihrer Lokalverwaltung zu verständigen. Die Delegationskosten sind aus lokalen Mitteln zu decken, doch ist der Vorstand bereit, finanziell ungünstig gestellten Zahlstellen auf ihren Antrag je nach Erfordernis einen Zuschuß aus der Verbandskasse zu gewähren. Die bezüglichen Anträge sind durch die Zahlstellenverwaltung des Ortes spätestens bis 4. Dezember an uns einzureichen.

Die gewählten Delegierten haben sich von der Zahlstellenverwaltung ihres Ortes ein Mandat ausstellen zu lassen. Die Knopfmacherdelegierten nehmen außer an der Besprechung am 29. Dezember auch an der eigentlichen Konferenz am 30. und 31. Dezember teil. Die Namen aller gewählten Delegierten sind sofort nach der Wahl zwecks Aufstellung der Präsenzliste an den Unterzeichneten zu melden.

Schwaige Anträge, welche noch zu der Konferenz gestellt werden sollen, müssen gleichfalls umgehend an uns eingeschendet werden.

Als provisorische Tagesordnung für die Drechslerkonferenz sind aufgestellt:

1. Die Lage im Drechslergewerbe (Referat).
2. Bericht der Delegierten.
3. Einheitstarif für Massenartikel (Referat).
4. Organisationsfragen (Referat).
5. Sonstige Anträge.

Die Vorbesprechung der Knopfmacherdelegierten wird sich mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen haben:

1. Die Lage in der Knopfindustrie (Referat).
 2. Die Möglichkeit eines Einheitstarfs (Referat).
- Jedem Referat soll natürlich eine Debatte folgen.

Folgende Anträge sind bisher zur Drechslerkonferenz bei uns eingereicht worden:

Bielefeld: In Orten, in denen genügend Drechsler beschäftigt sind, sollen Drechslersektionen gegründet werden; wo die Zahl der beschäftigten Drechsler zu gering ist, eine Sektion zu gründen, sind Vertrauensmänner zu bestimmen, welche die Agitation am Orte zu betreiben und die von der Zentralkommission zugewiesenen Arbeiten auszuführen haben.

München: Wo 10 organisierte Drechsler beschäftigt sind, sind Sektionen zu bilden.

Stettin: Die Zahlstellen werden verpflichtet, wenn genügend Drechsler beschäftigt sind, Sektionen zu gründen.

Berlin, Bielefeld, Breslau, München, Stettin: Eine Zentralkommission für Drechsler zu bilden.

Stettin: Die Zentralkommission besteht aus fünf Mitgliedern, die alljährlich in einer Sektionsversammlung derjenigen Zahlstelle zu wählen sind, in welcher die Kommission ihren Sitz erhält. Die Aufgaben der Zentralkommission sind folgende:

1. Aufrechterhaltung der engeren Verbindung unter den Drechslern innerhalb des Solzarbeiterverbandes.
2. Unterstützung des Hauptvorstandes und der Gauvorstände bei Entfaltung einer umfangreichen Agitation unter den Drechslern.
3. Sammlung von Material, wie Tarife, Akkordpreise der verschiedenen Spezialarbeiten, Ergebnisse aufgenommener Statistiken über Lohn- und Arbeitsverhältnisse und deren Verarbeitung zwecks Herausgabe einer jährlichen Agitationschrift.
4. Auskunfterteilung in allen beruflichen Angelegenheiten.

München: Die Zentralkommission wird beauftragt, eine statistische Aufnahme für das Drechslergewerbe zu veranstalten.

München: Die Abschaffung der Akkordarbeit anzustreben, indem überall, wo Tarifverträge ablaufen oder sonst Forderungen gestellt werden, die Forderung auf Abschaffung der Akkordarbeit mit aufgestellt wird.

Stettin: Zur Lehrlingsfrage Stellung zu nehmen, besonders durch Veröffentlichung von Artikeln über die wirtschaftliche Lage in unserem Berufe.

Stettin: Die Konferenz möge der Frage der allgemeinen Arbeitsvermittlung in unserem Beruf näher treten respektive richtunggebende Beschlüsse in der Arbeitsnachweisfrage herbeiführen.

Hannover: Stellungnahme zur Heimarbeit und zur Arbeit in den Strafanstalten.

Zirndorf: Um eine Besserstellung in wirtschaftlicher und gesundheitlicher Beziehung der Drechsler herbeizuführen, ist vom Staate zu fordern:

1. Abschaffung der Drechslerei in den Strafanstalten.
2. Gesetzliche Bestimmungen für Einführung von Staubventilatoren in allen Drechslereien mit elementarer Kraft.
3. Einführung des gesetzlichen Neunstundentags.

Der Verbandsvorstand.

Literarisches.

Bei der Redaktion sind folgende Bücher und Schriften eingegangen:

Heinrich Schulz, Die Mutter als Erzieherin. Kleine Beiträge zur Praxis der proletarischen Hauserziehung. Verlag von F. O. W. Diez Nachf., Stuttgart.

Nicht gelehrte Abhandlungen über erzieherische Probleme will das Büchlein der proletarischen Mutter, für die es in erster Linie bestimmt ist, darbieten, sondern kurze, einfach gehaltene und leicht verständliche Ratschläge und Winke aus der Praxis der häuslichen Kindererziehung für die Praxis. Der Verlag hat zwei Ausgaben herstellen lassen, eine kartonierter und eine Ausgabe im Geschenkeinband. Die kartonierter Ausgabe kostet 50 Pf., die Ausgabe im Geschenkeinband 75 Pf.

Karl Kautsky, Sozialismus und Kolonialpolitik. Eine Auseinandersetzung. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 1 Mk., Agitationsausgabe 50 Pf.

Die vorstehende Broschüre verdankt ihre Entstehung den Verhandlungen des Stuttgarter Internationalen Kongresses über die Kolonialpolitik. Bekanntlich lagen dem Kongress zwei verschiedene Resolutionen vor, von denen die erste nicht jede Kolonialpolitik ohne weiteres verwirft, während die andere jedwede Kolonialpolitik unter dem bestehenden kapitalistischen Regime ablehnt. Kautsky, der die erstere vertrat, hat in dieser Broschüre seine Ansichten des ausführlichen niedergelegt.

Sozialdemokratische Flugschriften. Zwei neue Fortsetzungen dieser Sammlung sind neben von der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben. Das 2. Heft behandelt „Volksbildung, Wissenschaft, Kunst und Sozialdemokratie“ und das 3. Heft „Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen“. Beide Broschüren sind zur Agitation sehr zu empfehlen. Jedes einzelne Heft der Flugschriftenammlung kostet 10 Pf. und ist von jedem Kolporteur und durch die Parteibuchhandlung zu beziehen.

Blut und Eisen. Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit. Von Hugo Schulz. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. 50 Lieferungen à 20 Pf. — 24 Heller — 30 Cts. Verlag Buchhandlung Vormärz Berlin SW 68.

Nummer liegt das dritte Werk der unter dem Titel „Kulturüber“ herausgegebenen kulturhistorischen Abhandlungen abgeschlossen vor. Der Verfasser dieses dritten Buches ist bei seiner Darstellung von dem Gedanken getragen, daß das demokratische Element auch im Militarismus im Laufe der Jahrhunderte seine sieghafte Kraft durchsetzt, trotz aristokratischer Junkerblut, und daß die Sozialdemokratie aus dieser geschichtlichen Entwicklung den Schluß ziehen darf, daß sie mit ihren Forderungen auf Demokratisierung des Heerwesens auf dem richtigen Wege ist.

Der Preis des zweibändigen Werkes beträgt in Leinen gebunden 14 Mk., in Halbfranz 16 Mk. Zu beziehen ist es auch in Heften à 20 Pf. durch jede Buchhandlung und jeden Kolporteur.

Hausrath, Prof. Dr. Hans, Der deutsche Wald. („Aus Natur und Geisteswelt.“ Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 158. Bändchen.) Verlag von W. G. Teubner in Leipzig. Mit 15 Textabbildungen und 2 Karten. VI und 180 S. 8. 1907. Geheftet 1 Mk., in Leinwand gebunden 1,25 Mk. Das Büchlein unterrichtet über den heutigen Stand des Waldes und seine Änderungen im Laufe der Zeiten, die

Holzarten des deutschen Waldes, ihre Ansprüche an Boden, Klima usw., ihre heutige Verteilung, die Waldformen und die Waldwirtschaft, die geschichtliche Entwicklung des Waldeigentums, besonders der Gemeinde- und Staatswälder, ferner wird die volkswirtschaftliche Bedeutung der Waldträge und -arbeit und der günstige Einfluß des Waldes auf Klima, Fruchtbarkeit, Sicherheit und Gesundheit des Landes behandelt. Doch wird neben der wirtschaftlichen auch die ästhetische Seite nicht vernachlässigt, vor allem die Pflege der Waldschönheit, wobei die Aufgaben des Staates, der Waldeigentümer und der Waldbesucher besprochen werden. Das Büchlein dürfte viele Freunde finden.

Paul Umbreit, Die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland. Acht Vorträge aus den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen, veranstaltet von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Berlin 1907, Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (C. Legien). Zweite Auflage. 190 Seiten.

Briefkasten.

Heidelberg, W. B. und Offenbach, B. Die Berichte waren wieder nicht abgestempelt. Anscheinend lest Ihr die Zeitung gar nicht, sonst müßtet Ihr wissen, daß Berichte an die Zeitung stets unterschrieben und abgestempelt sein müssen. Wir werden künftig Berichte, denen Unterschrift und Stempel fehlt, ohne weiteres in den Papierkorb befördern.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (C. S. 8 in Hamburg).

Bekanntmachung des Vorstandes.

Am Freitag den 15. November 1907 fehlten noch immer die längst fälligen Abrechnungen für das dritte Quartal 1907 aus nachverzeichneten Orten: Bohenheim, Coburg, Esthal, Freiburg i. Schl., Greifenhagen, Herford, Hhr., Immenau, Langenberg, Lettin, Martinroda, Minden, Moorburg, Münder, Neu-Muppin, Nied.-Wöllstadt, Nied.-Zwehren, Nowawes, Plau, Rothenfol, Schleißheim, Schleiz, Sprottaw, Strehla, Sülzfeld, Uterfen, Waltershausen, Wenigenjena, Wesseling, Wilhelmshausen, Wolfsanger, Ziegelhausen.

Die Ortsverwaltungen werden hiermit aufgefordert, die Abrechnungen nunmehr sofort einzusenden. — Die Revisoren in den genannten Orten scheinen die Verantwortung, die sie haben, gar nicht zu kennen, andernfalls hätten sie längst Sorge getragen, daß die Abrechnungen zur statutarischen festgesetzten Zeit an die Hauptkasse abgehandelt worden wären.

Für die Frauensterbefälle fehlen ebenfalls noch eine große Anzahl Abrechnungen für das dritte Quartal, ebenso die vereinnahmten Gelder. Der Vorstand erwartet, daß der Hinweis auf dieser „Schrifttafel“ genügt, um nicht andere Maßnahmen treffen zu müssen.

Der Vorstand. J. A.: G. Blume, Vorsitzender.

Versammlungs-Anzeiger.

Berlin. Stellmacher. Branderversammlung am Donnerstag den 28. November, abends 7/8 Uhr, im Rosentalerhof (großer Saal), Rosentalerstraße 11/12.

Anzeigen.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Fachstelle befindet sich bei Kollege Eitling, Liebfrauenstraße 37. Geöffnet morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr. Umschauen verboten.

Konstanz. Die Kleinfutterzucht zählt der Kaffeeer Siebel Mahlhof, Rheingutstraße 14, Werktag von 7-8 Uhr abends und Sonntags von 11-12 Uhr mittags. Gerberge Gasthaus Helvetia, Hobansplatz, Waldheim. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei dem Bevollmächtigten R. Hippmann, Bahnhofstraße 11. Dasselbst Meldestelle für alle Verbandsangelegenheiten. Das Umschauen in den Werkstellen ist streng untersagt.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Eitner, Schwalbacherstraße 7 I, Sib. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Kleinfutterzucht wird im Gewerkschaftshaus, Weststr. 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Der Tischler Kaspar Sablow, geb. 3. 1. 75 zu Oppeln, Buchn. 268 377, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen in Treuenbrücken nachzukommen. Kollegen, die ihn kennen, wollen ihn hierauf aufmerksam machen und seine Adresse senden an Otto Wengert in Treuenbrücken.

Wer kann mir den Aufenthalt des Tischlers Karl Wahn, geb. 17. 8. 85 zu Dessau, mitteilen? Wegen einer wichtigen Angelegenheit. Fritz Nieritz, Bremen, Runken 18.

Wir eruchen den Kollegen Karl Welschmidt aus Spandau, Buchn. 14 966, um Angabe seiner Adresse. Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, bitten wir um Auskunft. Ortsverwaltung Marburg.

Die gegenüber dem Herrn Karl Rehfeldt, Geschäftsführer, und Josef Frank, Schrein. in Mannheim, gebrauchten wörtlichen Beleidigungen nehme ich mit Bedauern zurück. Mannheim, den 21. Oktober 1907. Friedrich Koch, Schrein. in Mannheim, Seidenheimerstraße 92.

Gesucht

auf sogleich noch einen Gesellen. Derselbe muß aber etwas Kostenarbeit können, kann auch den ganzen Winter Arbeit erhalten. H. Goosmann, Wagnereinst. Zever i. Oberrhein.

Tüchtige Holzarbeiter

welche sich in der Pianoforte-Tischlerei einrichten wollen, finden dauernde, gutlohnende Beschäftigung.

Kellberg & Co., Pianoforte-Fabrik Eisenberg, Sachsen-Altenburg.

Mehrere tüchtige Tischlergesellen und tüchtige Geizer auf Schlafzimmer und Büfets für sofort und dauernd bei guten Akkordföhen gesucht.

Steinheimer Möbelfabrik Winkelmann & Albert, Steinheim i. Westf.

Gesucht auf sofort noch einige tüchtige Tischlergesellen auf eichen furnierte Möbel, speziell eichene Büfets und Umbauten, gegen guten Akkord bei dauernder Arbeit. Nur tüchtige, saubere Arbeiter wollen sich melden. Wöchentliche Abschlagszahlung 24 Mk.

Hermann Schulte, Möbelfabrik Leer, Ostfriesland.

Suche sofort einen **Holzdrechsler.** Kraftbetrieb.

M. Hientzsch, Osnabrück, Gasestr. 88.

Tüchtigen **Einleger** sucht bei hohem Lohn. **G. Adolph Richter,** Stockfabrik Magdeburg.

2 Horn-Zuschneider und **1 Dreher** finden dauernde, gutbezahlte Stelle bei **Aug. Vock,** Wald (Rheinland).

Korbmachergehilfe

für Gestellarbeit und Geschlagenes suchen **Gebr. Stolle,** Bremen.

Suche zu sofort **2 Gehilfen** auf Reifekörbe und Wackkörbe, pro Zoll 14 und 15 Pf. bei dauernder Beschäftigung.

Wilh. Döring, Korbmachermeister Wettin, Langereihe 222.

Ein **Korbmachergehilfe** findet auf eckige Wackkörbe bei gutem Lohn dauernde Arbeit bei **Herrn Gehlisch,** Korbmachermeister, Dandau, Sachsen.

5 Korbmachergehilfen

auf grüne Mattarbeit und Geschloßkörbe können sofort eintreten.

L. Vogt, Stettin, Speicherstraße 35. **2 Gehilfen** auf großgeschlagene Arbeit sucht sofort für dauernd

Otto Lange, Korbmacher Springe i. Hannover.

Ein tüchtiger **Einleger,** der auf Rundschleiben gearbeitet hat, findet dauernde Arbeit. Minimallohn 48 Pf.

Freireich & Gerhardt, Solingen.

Gesucht ein **sauberer Hölzerschneider.**

Aug. Lanz, Lauenburg a. d. Elbe.

Tüchtiger Korbschneider, im Zuschneiden und Abplätten durchaus erfahren, sofort gesucht.

Westdeutsche Korkindustrie Düsseldorf, Am Wehrhahn 40.

Einem **Korbschneider** für Sortieren und Lagerarbeiten und einen zum Zuschneiden sucht

Herm. Jos. Schmitz Köln a. Rhein, Malzmühle 2.

In einem Badeort des bad. Schwarzwaldes ist eine **Wagn- und Möbelschreinerei** krankheitshalber bis 1. Jan. 1908 zu vermieten ev. zu verkaufen. Nur tüchtige jüngere Leute, denen eine sichere Existenz zugesichert ist, wollen sich melden unter **H. B. III** bei der Expedition der Holzarbeiter-Zeitung.

Zu verkaufen od. vermieten.

In einem aufblühenden, jetzt schon zirka 20000 Einwohner zählenden Industrieort ist krankheitshalber eine gutgehende

Mechan. Schreinerei

verbunden mit größerem Zimmergeschäft und ein dazu gehöriges Wohnhaus, welches über 1200 Mk. Miete einbringt, sofort zu verkaufen eventuell zu verpachten. Vom Geschäft sind nachweislich die größten und feinsten Arbeiten ausgeführt und ist einem tüchtigen, proben Mann Gelegenheit gegeben, sich eine sichere Existenz zu gründen. Gest. Offerten unter **K. N. 973** an Dandau & Co., Köln.

Umfassendes Fachwissen

1. d. Bauteischlerei, Kunst- u. Möbeltischlerei, im Zimmergewerbe, 2. d. Selbstunterrichtsw. Syst. Karnak-Hachfeld. Gltz. Erfolge. Ansehnd. Prosp. u. Anerkennsch. grat. u. fr. **Bonness & Hachfeld,** Potsdam R. 1.

Werbungserei

Korbschneiderei, Holzbrandmalerei liefert an billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen, Holz usw. **J. Brendel, Maxdorf 95 (Pfalz).** Reichhalt. Katalog gratis u. franco. **Laubsägeholz** pro Quadratmeter von 1 Mark an.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule

Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt. Kirchenweg 14. Dir. Carl Malbaum.

DETOLD & GRÖSSTE TISCHLER-FACHSCHULE

Nürnberg. Programm frei. Direktor Reineking. Selbstunterrichtswerke für Tischler versendet. Direktor Reineking, Detmold.

Durch die Expedition unserer Zeitung können nachstehend verzeichnete Bücher bezogen werden. **Moderne Bauteischlerarbeiten** v. Ernst Gerbig, Architekt. 24 Tafeln mit erläuterndem Text. Preis broschiert 6 Mk., mit Porto 6,80 Mk. **Loze, Türen, Fenster und Glasabschlüsse** im Stille der Preissetzung zum unmittelbaren Gebrauch für die Praxis. Von Paul Mühlau, Architekt. 30 Tafeln mit erläuterndem Text. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk. **Die Expedition der Holzarbeiter-Ztg.**

Hobelbänke

fabriziert als Spezialität und gibt billig ab. Preisliste gratis und franko. **Hermann Gorlt, Regnitz (Schlesien).**

Kollegen, kauft nur Bleistifte u. Maßstäbe „Solidarität“ von **Jean Blos, Stein-Münberg.**

Paul Horn Politur- und Lack-Fabrik * Hamburg 23 *

Warnung! Patent-Verletzung!

Nach dem im Deutschen Reich durch das kaiserliche Patentamt ausschließlich mir allein patentierten Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzlöslichem Polierpulver (Kackstoffpulver) gefüllt.

Dadurch wird erreicht **eine sofortige Porenfüllung** man erspart Material, Zeit, Arbeit

edlen unverfälschten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, Gelausschwächen, Rißigwerden der Politurdecke, weiße Flecke, sowie Einschlagen der Politur.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ertrag, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet. Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritzlösliches Polierpulver (Kackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder gekauft wird.

Probe ohne zum Versuch ein Körbchen enthalten: 1. Central-Schellackpolitur-Extrakt zum Mitteln und Feinpolieren

- 1. Patent-Politur zum Reupolieren
- 1. allerfeinsten Polituren-Glanzlack, blond zum Ausgleichen von Kellleiten usw.
- 1. allerfeinsten Kelllack-Glanzlack, blond (Stuhl- u. Drehsler, Bildhauerlack)
- 1. Schleif- und Polieröl, gelblich (Holz)
- 1. Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Horn“
- 1. Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“
- 1. Simsfest-Polierpulver, hellbraun
- 1. Tube Infektionsmittel (Holzkit), blond, a. Auskitten schabhafter Holzstellen
- 1. Stück Korbschleifloß, 120x75x30 mm zum Ausgleichen, franco inkl. Embal.

Preis von **8 Mk.** lage gegen Nachn. Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo zum Versuchspolieren à 8 Mk.**

Mein Lehrbuch über das Zeigen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in matteriger Werkstoffsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel.

Empfohlen und glänzend beurteilt von: Prof. Dr. Hellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottolar Leneceet-Berlin, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), f. l. Staatsgewerbe-schule-Brax, Direktor Jos. Gofsmann-München. **Preis M. 1.50.** Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mk.

Verlag von Karl Klotz in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.

Sachblatt für Holzarbeiter
Kunstgewerbe- und Fachzeitschrift
Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband
Preis pro Jahrgang in geschmackvollem Originalband gebunden 5 Mark, ungebunden 4 Mark

Der Jahrgang 1907 liegt jetzt vollständig vor und kann von dem unterzeichneten Verlag gegen Voreinsendung von 5 resp. 4 Mark nachbezogen werden.

Er enthält mehr denn 550 Abbildungen aus der Praxis des Holzarbeiters, darunter Reproduktionen von Arbeiten unserer bedeutendsten Innenarchitekten, wie Richard Riemerschmid, Bruno Paul, Henry Van de Velde, Bailie Scott u. a. Ferner gute textliche Beiträge der ersten kunstgewerblichen Schriftsteller, so Josef Aug. Eug. Hermann Wuthesius, Franz Fammeler u. a., und hervorragende fachtechnische Artikel, so aus der Feder des Architekten und Kunstgewerbeshullehrers D. Winkelmüller folgende Arbeiten: Türen, Tore und Windbänke (mit 109 Abbildungen), Holzdecken (mit 26 Abbildungen), Fußböden (mit 28 Abbildungen), Wandtäfelungen (mit 30 Abbildungen).

Zahlreichen Bestellungen steht entgegen

Der Verlag des Sachblatt für Holzarbeiter
Stuttgart, Adler-Strasse 43.